Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 306 2. November 1979 2,50 DM incl. 6% Mwst. D 1870 CX

TERROR-ÖLBILD VERHAFTET
VERANTWORTLICHER RECHTSANWALT TEMMING MUSSTE FREIGELASSEN WERDEN

Oberstaatsanwalt Dr. Moirreé : "SELBSTVERSTÄNDLICH zu BEWEISZWECKEN. NATÜRLICH DARÜBER HINAUS' WEIL ES ALS TATWERKZEUG IN FORM DER WERBUNG FÜR EINE TERRORISTISCHE VEREINIGUNG IN BETRACHT KOMMT."



INHALTSVERZEICHNIS

2 Oldenburg: Gleis besetzt
3 Schafft Offenbacher Verhältnisse!
4 Frankenthal: keine Ausweisung!
5 Berlin: Hungerstreik
6 Genua: Selbstmord
6 Wien: Hungerstreik
7 Köln: Demo-Prozess

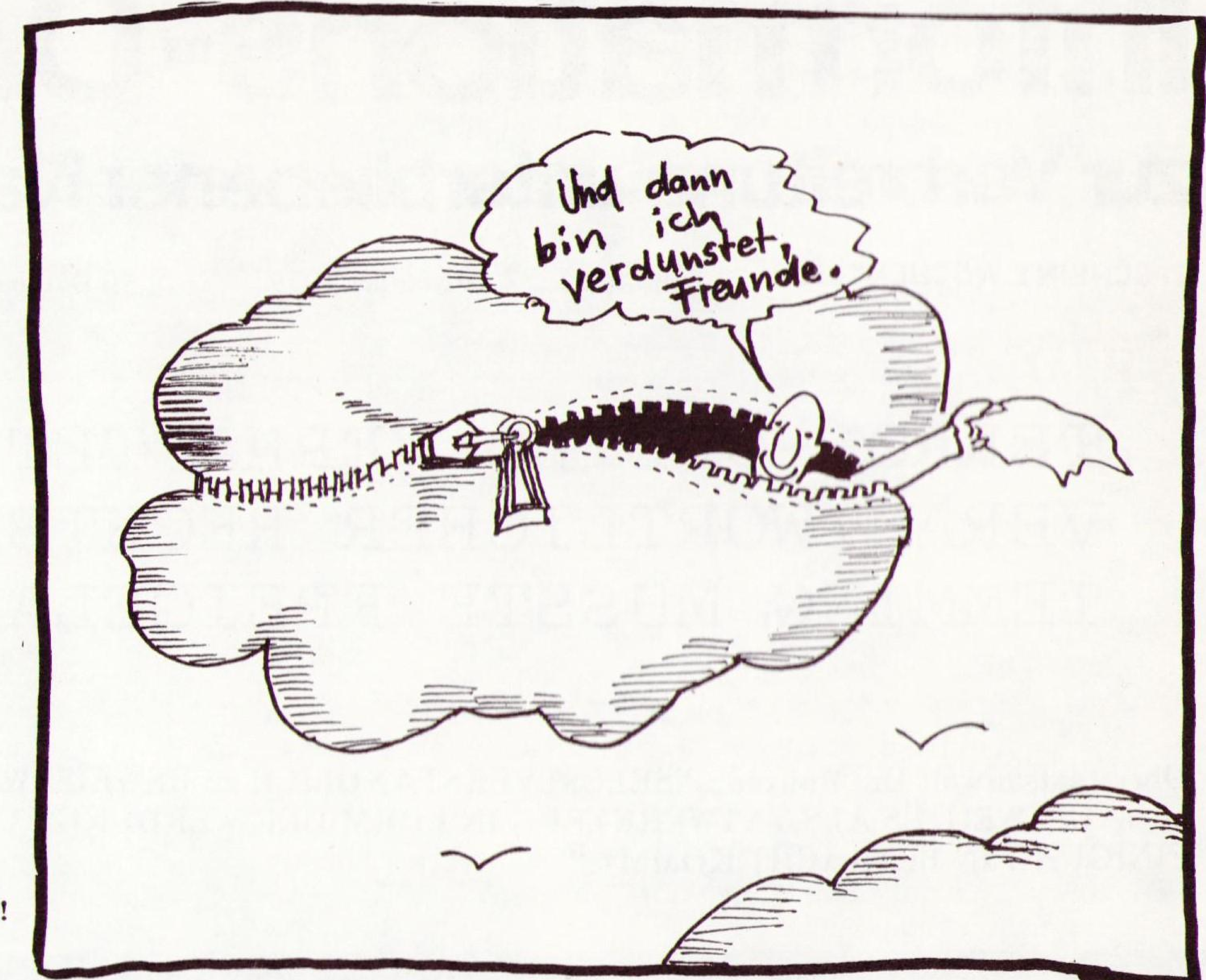
8 Psychiatrie: Patienten raus? !?
9 Waldbröl: Aus dem Leben des Karl B.
12 Lügen aus der Psychiatrie
12 Karl-Bonhoefer Nervenklinik in Berlin

13 alias 14 (!) und umgekehrt

15 Gorleben: Veränderung einer Landschaft
18 Kinderlosigkeit - psychische Verelendung
19 Kinderkriegen als Therapie
20 Berlin: Schering - Abtreibung
21 Nürnberg: Pädophilie
23 Film: Zombies

24 Brigitte Heinrich
27 Astrid Proll
27 Sicherungsverwahrung - Siegfried Haag
30 Frankfurt: Anwalt frei, Gemälde verhaftet!

TRAGISCHER SELBSTMORD: Französischer Wirtschaftsminister ertränkte sich!



VOR EINEM JAHR

fand die Iran Demo in Frankfurt statt. In der Zwischenzeit ist viel passiert. Verschiedene Prozesse gabs schon dazu. Ahmad Tavakolli ist einer von den persischen Studenten, die damals festgenommen und nun mittels einer Verurteilung abgeschoben werden soll. Er soll damals mit Steinen geworfen haben. Damit dieser Prozeß nicht klammheimlich über die Bühne gehen kann sollen viele Leute zum Prozeß am 8.11.79, 9.00, Amtsgericht Frankfurt, Gebäude A, Raum 102 kommen.

Frankfurter Informationsdienst e. V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt/Main 90
Tel. 0611/704352

Zu Gast in Frankfurt: Fred, Fred Hering, Bonn, übernachtet Freitag nacht in der Städelschule (Während des Schvantz-Festivals).

Achtung 'iebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Beck

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben.

Ich will unbedingt Euer Blatt haben und zwar

12 Hefte für DM 30,–
24 Hefte für DM 60,–
48 Hefte für DM 120,–

Bei Preiskorrekturen verlängert sich der Bezugszeitraum entsprechend.

Das Geld habe ich überwiesen auf das Postscheckkonto 525228 – 602 (BLZ 500 100 60) Postscheckamt Frankfurt/Main

Name ....

Straße ....

Wohnort ....

Unterschrift ....

Bitte angeben:

☐ Neuabo ☐ Patenschaftsabo für Gefangene

☐ Abo-Verlängerung ☐ Geschenkabo

Redaktionsschluß: Mittwoch 16 Uhr

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders,bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichaushändigung zurückzusenden.

ÜBER DIE GLEISBESETZUNG IN OLDENBURG

OLDENBURG September79 Wie überall, so macht man sich auch in Oldenburg und Umgebung Gedanken darüber, wie der Bau und der Betrieb von Atomkraftwerken und deren Rattenschwanz von Teufelszeug wie Wiederaufbereitungsanlagen, Zwischenlager, Endlager usw. bekämpft, unterbunden und letztendlich verhindert werden kann.

Wie überall, so erlebt man auch hier Situationen, in denen das Gefühl der eigenen Ohnmacht und Machtlosigkeit stärker wird.

Wie überall, so steht man auch in Oldenburg und Umgebung vor der Frage, ob „um der guten Sache willen" kleinere Gesetzesübertretungen in Kauf genommen werden sollen oder ob darauf verzichtet werden soll.

Wie überall, so steckt man auch hier in dem Dilemma, daß man vor einer Aktion nicht weiß, obs „was bringt", ob sich das Risiko des „Erwischtwerdens" und der damit verbundene Rattenschwanz obrigkeitsstaatlicher Verfolgungs- und Bestrafungsmaßnahmen lohnt.



Nicht bestritten wird die Auffassung: Öffentlichkeitsarbeit tut not.

Um auf die Bohrungen in Gorleben aufmerksam zu machen, wurde beschlossen, eine Sitzstreik auf einem Gleis der deutschen Bundesbahn durchzuführen.

Der Presse und dem Rundfunk wurde am Vormittag Bescheid gegeben, daß am Nachmittag eine auf eine Stunde befristete Blockade eines Gleises in Oldenburg stattfinden werde.

Na, wir saßen noch eine Weile herum. Diejenigen, die um uns herumstanden, wollten einen Chef, einen Rädelsführer, mit dem man doch reden können müsse.

Unser Bescheid, daß wir alle gleich seien und nur eine einzuberufende Vollversammlung eine Entscheidung über einen vorzeitigen Abbruch der Aktion fällen könne, stieß auf Unverständnis — unser Fehler war, daß wir nicht tatsächlich eine Vollversammlung auf dem Gleis durchführten, erstens um Klarheit und zweitens um Zeit zu gewinnen. Immerhin saßen auf den Schienen auch ein paar Kinder (zwischen 11 und 14 Jahre alt).

Ich hatte übrigens die Möglichkeit zu einem kleinen Gespräch mit dem Einsatzleiter. Ich fragte ihn, wie er das persönlich finde, eine solch harmlose Aktion wie die Gleisbesetzung: keiner wird verletzt, noch nicht einmal Sachschaden. . . ? Wär doch besse, als bspw. Brandbomben. . . Daraufhin meinte er: was, Sie wollen Brandbomben werfen? Ich: nein, natürlich nicht, wir sitzen ja hier und machen eine ausdrücklich gewaltfreie sogar vorher angekündigte Aktion, um auf den Beginn der Bohrungen in Gorleben hinzuweisen.

Am Nachmittag wurde im Anschluß an das Pflanzen eines Baumes in der Fußgängerzone, die jeder kennt — sie ist überall gleich — in einem Fahrradkorso und in einem Fußmarsch das Ziel unserer Begierde angepeilt. Begleitet von etlichen Zivilisten, die „nur" ihren Dienst tun — in einer kleinen Stadt kennt man sich ja — erreichten wir den Schienenstrang. Bei den meisten Verblüffung, daß wir nicht daran gehindert werden. Denn die Richtung und damit unser Ziel war unschwer zu sehen.

Die meisten der anwesenden Atomkraftgegner setzten sich auf die Schienen eines Gleises. (Die durch Uniformen getarnten Atomkraftgegner setzten sich nicht.) Ich übrigens auch nicht. Ich begleitete die drei Berufsfotographen mit Beamtenstatus, um mir einen hautnahen Eindruck von ihrer wichtigen und verantwortungsvollen Tätigkeit zu machen. Der hautnahe Kontakt schien zu stören — das Walkie Talkie war nicht mehr ungestört abzuhören. Aber schließlich war ich nicht deswegen da, sondern um als Fotoamateur den Profis bei der Arbeit zuzusehen. Als sie mir schließlich Prügel anboten, zog ich es vor, mich unter meine Bekannten zu mischen, die liedersingend und guter Dinge auf den Schienen saßen.

Da wir nur ein Gleis besetzt hielten, konnte der Zugverkehr nahezu ungehindert fließen — eine Möglichkeit, die Reisenden mit unserem Anliegen vertraut zu machen und die eine oder andere Blume hinaufzureichen. Letzteres wurde allerdings von den Hütern der Bahnordnung bald unterbunden.

Ich ging einstweilen wieder spazieren und mischte mich vorerst unerkannt unter die Einsatzleitung der Polizei. Was in Oldenburg in politischer Polizei, Verfassungsschutz. . . Rang und Namen hat, war da. Für mich etwas überraschend konnte ich passiv an den Beratungen über das weitere Vorgehen der Ordnungskräfte beiwohnen. Die Herren waren sich nicht einig, wie oft man zur Räumung des Gleiskörpers aufrufen solle und welche Paragraphen alle gegen die Platzbesetzer zu verwerten seien. Die Eminenz im Hintergrund — meines Wissens Verfassungsschutz — machte dem Einsatzleiter den Vorschlag, alle (ca. 120) zu verhaften. Aber wie denn, wir haben doch gar nicht genug Fahrzeuge zum Abtransport dabei, meinte der. Nun, man könne ja einfach einen Viehwaggon heranrollen lassen — da hättenalle Platz.

Na, irgendwann entdeckte mich die Eminenz, die graue, und bat mich, mich zu entfernen: Herr K., bitte lassen Sie uns allein, wir haben das nicht so gern.

Mein schüchterner Einwand, ich täte doch nichts verbotenes, wenn ich irgendwo auf freiem Gelände herumstehen würde, wurde beschieden mit dem Angebot, mich zu verhaften wegen „Störens einer Amtshandlung nach § soundso".

Dann müsse ich ja wieder zu meinen Freunden" aufs Gleis gehen, meinte ich, woraufhin er mir dringend davon abriet, da auch das eine verbotene Handlung sei.

Nein, das ginge nicht, hier würde der Verkehr behindert und außerdem seis verboten.

Was denn würde er uns empfehlen?

Man könne Flugblätter machen, auch Informationsstände und mit den Abgeordneten in Oldenburg Kontakt aufnehmen und über sie unsren Protest bekanntmachen.

So locker wie hier geschildert war die Situation wirklich. Bis ca. 10 Minuten, bevor „unsere Stunde" um war. Dann gings nämlich zur Sache. Bahnpolizei, Zivile und Bereitschaftspolizei gemeinsam begannen, die Demonstranten zu entfernen. Die einen vorsichtiger, rücksichtsvoller (wohl die Bahner), die anderen in gelernter Manier brutal. Die paar Fahrzeuge, von denen schon die Rede war, wurden mit Festgenommenen gefüllt, der Rest nur noch weggetragen und auf der anderen Seite der Schranke abgekippt. Leute, die wie ich zufällig in allernächster Nähe eines abfahrenden Einsatzwagens standen, bekamen auch aus allernächster Nähe Chemical Mace (die chemische Keule) ins Auge gespritzt. Fünf oder sechs mußten sich in ärztliche Behandlung deswegen begeben, ich auch. Ein Polizeihund wurde auf die Leute gehetzt und biß einige. Ich konnte noch sehen, daß ein Zivilbeamter unter den Gebissenen war. Ein Trost? Nein! Die Unverhältnismässigkeit des Polizeieinsatzes wurde selbst in der konservativen Lokalzeitung gerügt — dem verantwortlichen Redakteur sind seitens der Polizei Sanktionen angedroht worden, weil er von Chemical Mace geschrieben habe — dies sei nicht eingesetzt worden. Nun, wenn das so ist, was haben die dann für ein Teufelszeug in ihren Spritzapparaten? Brennen tuts höllisch, sagt meine Erinnerung.

Erwähnenswert vielleicht noch, daß ein Teil der Festgenommenen während des Halts an einer Ampel ausstiegen. Die anderen wurden alle ED-behandelt, auch 2 14jährige Mädchen.

Verfahren sind eingeleitet worden wegen „Teilnahme an der Gleisbesetzung" gegen 20 - 30 Leute. Genau kann ich es nicht sagen, da es immer mehr werden. Ich habe meine Anzeige erst jetzt gekriegt — vielleicht werden die Fotos ausgewertet.

Was hats gebracht? Schwer zu sagen. Auf jeden Fall etliche Strafverfahren, mit denen man sich beschäftigen muß, was Kraft und Zeit für andere Sachen wegnimmt. Andererseits aber auch die persönliche Erfahrung für viele Teilnehmer betreffs Polizei und Staat, worüber sonst „nur" gelesen wurde. Daß die Geschichte, so mickrig sie sich ausnehmen mag im Kampf gegen die riesigen Atomkraftwerke, ein äussert wichtiges und einschneidendes Ereignis im Leben der meisten Teilnehmer ist, läßt sich an den Reaktionen und Diskussionen ablesen. Öffentlichkeit während der Aktion war so gut wie nicht vorhanden — sämtlicher Verkehr wurde umgeleitet.

Was es letztlich für GorLEBEN gegen GorSTERBEN gebracht hat, läßt sich ohnehin nie ausrechenn.

Kontakt: Rainer, c/o Nordwind, Zeitung aus Oldenburg, Tel.: 04407/312

ÜBER DIE HAUSBESETZUNG IN OFFENBACH

OFFENBACH 31.10.79 Wir wurden von Seiten des Hausbesitzers durch Androhung von Strafanzeige unter Druck gesetzt, ihm unsere Vorstellungen mitzuteilen, was wir mit dem Haus machen wollen. Dies ist auch sofort über unseren Rechtsanwalt geschehen.

Nach unseren Vorstellungen soll das Haus in zweierlei Hinsicht genutzt werden:

Zum einen sollen in den Räumlichkeiten Initiativen untergebracht werden, für die in Offenbach, insbesondere in dem entsprechenden Stadtteil, offensichtlich akuter Mangel herrscht. Gedacht ist in diesem Zusammenhang z.B. an Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfe, Krabbelstube etc. Auf diesem Gebiet fehlen z.Zt. ca. 200 Plätze.

Gerade hierfür sind die Räumlichkeiten des Hauses Löwenstr. 36 auf grund ihrer Größe besonders geeignet.

Desweiteren beabsichtigen wir eine Wohnraumrettungsgesellschaft — Beispiel Köln — zu gründen, da auch hier wie in anderen Städten viele Häuser leerstehen und gleichzeitig Wohnungsnot herrscht. Die Stadt Offenbach steckt selbst in diesem üblen Geschäft drin, sie läßt Wohnungen leerstehen und verrotten, mit denselben Methoden wie private Spekulanten.

Gleichzeitig schickt sie uns ihre Kasper vom Wohnungs- und Bauamt vorbei, die uns erzählen wollen, es sei menschenunwürdig, daß die Klos auf dem Flur sind.

Dabei sind gerade sie dafür mitverantwortlich, daß die „modernen" Sozialbauten keineswegs menschenfreundlich sind und eher an Klos erinnern.

Nicht nur die Stadt und der Hausbesitzer bereiten uns Kopfzerbrechen, wir werden außerdem noch massiv bedroht.

Es fing damit an, daß in der Nacht vom 18./19. von mittlerweile nicht mehr ganz unbekannten Leuten (wahrscheinlich Neonazis) ein Auto vor dem Haus demoliert wurde.

Die gleichen Leute waren in der Nacht vom 27./28. wieder da und warfen mit Flaschen aus dem fahrenden Auto auf das Haus.



Dank unserer Nachtwachen konnte verhindert werden, daß die Typen in das Haus eindringen konnten.

Ein paar Leute sind hinterhergefahren, in der Hoffnung, die Autonummer herauszufinden. Die Kennzeichen waren zugeklebt vorne wie hinten. Dabei kam es zu einer verdammt gefährlichen Situation, denn sie schossen (besagte Typen) mit scharfer Munition aus dem fahrenden Auto auf uns. Nach diesem Vorfall stellten wir erneut Strafanzeige bei der Polizei.

Wegen dieser Geschichte ist es unwahrscheinlich wichtig, daß die Nachtwachen weiterhin bestehen bleiben, dabei möchten wir uns gleichzeitig bei den verschiedenen Gruppen bedanken, die uns durch Wacheschieben unterstützt haben.

Plenum ist Mo, Mi und Fr ab 20 Uhr. 605 Offenbach, Löwenstr. 3 b. Spendenkonto: Städt. Sparkasse Offenbach, BLZ 505 500 20, Kto. Nr. 55 07 693



Lebensgefährliche Brandstiftung:

Italiener sollten ausgeräuchert werden

Deutsche Bauarbeiter wollten in der Nacht zum Donnerstag in der Nordweststadt ihre italienischen Arbeitskollegen im Schlaf verbrennen. Buchstäblich in letzter Sekunde konnten sich die drei Italiener durch die Fenster ihrer Notunterkunft — einem ausrangierten Eisenbahnwagen — vor dem Flammentod retten. Die fünf deutschen Bauarbeiter hatten einen Zehn-Liter-Benzinkanister in den Wagen, in dem die Italiener schliefen, gegossen und das Benzin angezündet.

Es war gegen Mitternacht. In der Bauarbeiterunterkunft im Hammarskjöldring schliefen die drei Italiener. Doch ihren deutschen Kollegen war nicht nach Schlaf zumute. Sie veranstalteten ein Gelage und tranken — wie es im offiziellen Polizeibericht heißt — „größere Mengen Bier"...

Noch gehört Deutschland uns

TÖREYEN DROHT ZWEITE AUSWEISUNG

FRANKENTHAL/FRANKFURT 31.Oktober Die Frankfurter „Initiative gegen Abschiebung" teilt mit:

Die zweite Ausweisung von Hasan Töreyen innerhalb eines Jahres plant die Polizei von Frankenthal (Pfalz). Der türkische Arbeiter, der 1976 durch seine Aktivitäten als Streikposten der Gewerkschaft Textil/Bekleidung in Streit mit einem Streikbrecher geraten war und anschließend drei Jahre im Knast gesessen hatte (s. ID 215), war Anfang 1979 ohne Rechtsgrundlage im Handstreich sozusagen, abgeschoben worden (s. ID 281).

Um dem Chaos und der Linkenhatz in der Türkei zu entgehen und bei seiner Familie zu leben, kam er zurück in die Bundesrepublik. Jetzt beruft sich die Pfälzer Polizei auf das Urteil von 1976 wegen „versuchten Totschlags" und fordert seine Abschiebung.

Die „Initiative gegen Abschiebung", der unter anderem der Schrifststeller Jürgen Roth und der Journalist Jakob Moneta angehören, fordert die Aufhebung des Ausweisungsbeschlusses. Die Gründe:

– Das Gericht, das Töreyen verurteilt hat, weigerte sich, seine Straftat im Zusammenhang mit den Streikunruhen von 1975/76 bei Eles in Taunusstein zu werten. Diesen Zusammenhang haben als Zeugen nicht zuletzt die Gewerkschaftssekretäre bestätigt. Die Verteidigung hatte daher seinerzeit Freispruch beantragt. Solidaritätskundgebungen mit den Eles-Streikern gab es nicht nur in Taunusstein sondern auch in Darmstadt, wo Hasan Töreyen einsaß.

– Hasan Töreyen ist nach der vollen Härte der deutschen Rechtsprechung bestraft worden. Nachdem die erste Ausweisung schon im Django-Stil erfolgte, wäre eine zweite Ausweisung schon die dritte Bestrafung in derselben Sache.

– Während zum Beispiel Heinz Kühn als Beauftragter der Bundesregierung schöne Worte über die Notwendigkeit verstärkter Integration der ausländischen Arbeiter findet, soll Töreyen von seiner Familie, die schon acht Jahre hier lebt und arbeitet, auf dauernd getrennt werden.

Der Fall Töreyen ist kein Einzelfall. (Wenn er einer wäre: schlimm und wichtig genug.) Wie viele Ausländer warten in deutschen Knasten auf die Abschiebung?

Kontaktadresse: Rechtsanwalt Helmut Bruno, Sandweg 9, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 49 03 92

Dreiste Gastarbeiter RAUS!

Die Meldung aus der „Frankfurter Rundschau" über die Entstehungsgeschichte der Trabantenstadt „Nordweststadt" ist vom 25.März 1967. Die markigen Sprüche stammen aus der „Neuen Illustrierten" von 1965.-Alles sehr lange her...

HUNGERSTREIK OKTOBER '79

Am 25. Oktober beendeten über 200 Gefangene aus Berliner Haftanstalten ihren Hungerstreik.
Wir drucken nachträglich zwei Briefe aus der JVA Tegel ab, die auch die unerfüllten Forderungen der Gefangenen beinhalten.

Berlin
6. Oktober

Seit dem 15.10.79 sind wir, Gefangene aus der JVA Berlin-Tegel, in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Im Haus II der Anstalt, in der auch ich untergebracht bin, liegt die Anzahl der Streikenden Häftlinge z. Zt. noch bei 17 Menschen, doch rechnen wir mit einem weiteren Anstieg dieser Zahl. Nach jahrelangen Versuchen der Insassenvertreter, der Anstaltsbeiräte, div. Gruppen, Vereinen, Bürgerinitiativen und Einzelpersonen innerhalb und außerhalb der Gefängnismauern, Beiträge zum Abbau der inhumanen/menschenunwürdigen Haftbedingungen zu leisten, erheben wir nunmehr zur Beseitigung dieser sich immer noch verschärfenden Haftbedingungen in den Westberliner Gefängnissen - mit Bezug auf die Genfer UIV-Resolution „Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen" vom 31.7.57 - folgende Forderungen:



1) Einstellung von geschultem Personal wie Ärzte, Psychologen, Sozialarbeitern, Therapeuten, Sportfachkräften und die Schaffung der entsprechenden Einrichtungen (Wohngruppenvollzug, Mittel für sinnvolle Freizeitbeschäftigung).

2) Für die Beseitigung der menschenunwürdigen sog. „Doppelbelegung in den Westberliner Gefängnissen fordern wir die Freilassung einer genügend großen Zahl von Gefangenen bis spätestens zur sog. „Weihnachts-Amnestie" 1979/80.

3) Einheitliche sogenannte „Aufschlußzeiten" in allen Gefängnissen bis mindestens 21.00 Uhr!

RUNDSCHREIBEN !

Wir, Strafgefangene der JVA-Tegel, 8 Gefangene im Hungerstreik für bessere Haftbedingungen und Andere, bitten Sie in Form dieses Rundschreibens, die Anstaltsleitung und den Senator für Justiz, in Form von Solidaritätsschreiben aufzufordern, damit Pressemeldungen endlich mal der Wahrheit entsprechen und man sich mit unseren Forderungen beschäftigt.

Wir, die 8 Hungerstreikenden (vorher 20 im Haus II der JVA—Tegel), werden von Anstaltsleitung und Senat voll abgeblockt. Ein erschreckendes Beispiel der miserablen ärztlichen und psychologischen Behandlung, ist die Selbsttötung unseres Mitgefangenen Michael Kramer, der sich am 19.10. in seiner ausweglosen Situation durch einen Halsschlagaderschnitt das Leben nahm. Er war vor seiner Inhaftierung Drogenabhängig und fand hier im Knast keine Art von Hilfe.

Ich glaube, Sie und wir sind im Punkte „Therapie im Knast" einer Meinung. Sie gibt es nicht und kann es bei dieser Form von Strafvollzug nicht geben. Wo man wegen der Überfüllung noch nichtmals Vollzugpläne anfertigen kann, obwohl sie einem jeden Strafgefangenen nach dem StVG zustehen, ist die Betreuung von Drogenabhängigen erst recht unmöglich.
Es ist überhaupt unsinnig, einen Drogenabhängigen in den Knast zu packen. Er gehört in eine Klinik oder eine Wohngruppe draussen, wo man ihm durch Therapie und anderem wirklich helfen kann. Die Situation hier sieht so aus, daß hier eine totale Drogen-Mafia herrscht, die einen Entzug unmöglich macht, indem man Gefangene sogar zum Drücken zwingt.
Ein anderes Problem: Zuwenig Sozialarbeiter, Psychologen und Therapeuten und die totale Gleichgültigkeit der Anstaltsleitung und des Senats.

Dies bringt der Fall des Michael Kramer so richtig zur Geltung. Michael beging 4 Tage bevor es ihm gelang, seinen ersten Selbstmordversuch. Er wurde durch Zufall entdeckt. Trotzdem wurde er auf eine Einzelzelle gelegt, wie es die Justiz'Presse'Stelle bekanntgab, unter ständiger Beobachtung.

Dies war einfach nicht gegeben. Michaels „Spion" (eine Öffnung in der Zellentür, die zu Beobachtungszwecken angebracht ist), war von innen zugeklebt. Er wurde nie aufgefordert, dies zu beseitigen. Unter ständiger Beobachtung heißt soviel wie, daß der Gefährdete mindestens alle 15 Minuten aufgesucht wird.
Dies fand nicht statt. Ich selbst (Hans-Dieter Tollkien Buch Nr. 840/9) war kurz vor seinem Tod, ungefähr eine halbe Stunde mit ihm zusammen. In dieser Zeit habe ich von einem Beamten nichts gesehen.
Es ist eine totale Unfähigkeit der Anstaltspsychologen und eine grobe Fahrlässigkeit der Anstaltsleitung. Eine Anzeige wegen grober fahrlässiger Tötung wird von einigen seiner Bekannten in nächster Zeit gestellt, um diese Angelegenheit untersuchen zu lassen.

Er wäre noch vieles zu berichten, was Sie aber zum größten Teil selbst wissen. Klar ist, daß gegen diese Zustände endlich was unternommen werden muß.

Wir, die Hungerstreikenden, streben mit den Sozialarbeitern eine Konferenz mit der Anstaltsleitung und dem Senat an.
Wir gaben als spätesten Termin den 24.10. an, da wir inzwischen seit dem 15.10. im Hungerstreik sind und sich die Leute der Anstaltsleitung und des Senats überhaupt nicht daran stören.
Der Senator für Justiz weigert sich zuzugeben, daß er überhaupt unsere Forderungen erhalten hat, obwohl eine Einschreibequittung vom 15.10.79 vom Postamt 510 mit der Nr. 3 8 vorliegt.
Auch seine Angaben von 57 Hungerstreikenden Gefangenen entsprechen nicht der Wahrheit. Es befinden sich in den Westberliner Haftanstalten über 200 Gefangene im Hungerstreik.
Man will uns auf das polt. Abstellgleis abschieben, obwohl wir in erster Linie für bessere Haftbedingungen streiken.

Kontaktadresse: H.D. Tollkien,
Seidelstr. 39
1000 Berlin 27

Guido Rossa / Francesco Berardi

NACH DEM MORD DER SELBSTMORD

Die Geschichte zweier Arbeiter in Genua



25. Oktober '78: Guido Rossa, Kommunist und Betriebsrat beim Stahlwerk Italsider, sieht auf der Kaffeemaschine in seiner Abteilung ein kleines Heftchen mit einem fünfzackigen Stern darauf: die „strategische Resolution" der Roten Brigaden. Irgendjemand aus der Fabrik muß sie dorthin gelegt haben. Guido Rossa meldet das „Vorkommnis" sofort weiter: der KPI-Mann sieht rot — nun sind die Brigadisten also schon in der Fabrik!

Die Polizei kommt in die Fabrik, in der Abteilung Rossas werden am Arbeitsplatz von Francesco Barardi weitere Papiere der Roten Brigaden gefunden. Der über 40 Jahre alte Angestellte Berardi wird verhaftet.

31. Oktober '78: Sofortprozeß gegen Francesco Berardi. Guido Rossa sagt gegen den Arbeitskollegen aus seiner Abteilung aus. Aufgrund dieser Aussagen wird Berardi zu 4 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er kommt in Isolationshaft und wird von Gefängnis zu Gefängnis hin- und hergeschoben.

24. Januar '79: Guido Rossa wird auf dem Weg zur Arbeit erschossen. „Ein bewaffneter Kern der Roten Brigaden hat den Spion Guido Rossa zur Rechenschaft gezogen", heißt es in der Kommandoerklärung. Auch wenn „es nur die Absicht der Gruppe war, aus dem Spion einen Invaliden zu machen", wurde er „aufgrund seiner eigenen Reaktion" niedergeschossen. Hat er sich — sozusagen — selbst zuzuschreiben.

Zur Beerdigung Rossas kommen über 2.00.000 Arbeiter aus ganz Italien zusammen. Rossas Bahre wird u.a. von Angelo Rivanera, Kommunist und Betriebsrat des Italsider, getragen: er hält auch die Grabrede für seinen Arbeitskollegen.

28. Mai '79: Die Polizei verhaftet 14 Genossen aus der linksradikalen Scene Genuas, unter ihnen Angelo Rivanera. Der KPI-Genosse, der vor wenigen Monaten noch Rossas Bahre getragen hatte, wird von den Staatsschutzeinheiten als Mitglied der Roten Brigaden verdächtigt.

Einige der Verhafteten werden aufgrund von Aussagen festgenommen, die Francesco Berardi im Knast — unter Isolationsbedingungen — gemacht hat.

25. Oktober '79: Francesco Berardi begeht in seiner Isolationszelle im Hochsicherheitstrakt in Cuneo Selbstmord. Er hielt — so ist zu vermuten — den beiderseitigen Druck zwischen Knast und Roten Brigaden nicht mehr aus: zwischen die Fronten geraten, fühlte er sich nicht stark genug, vor Gericht als Zeuge gegen seine einstigen Genossen über die gleichen Dinge auszusagen, wegen derer er selbst verurteilt worden war und brachte sich deshalb um.

Der Genosse, den Francesco Berardi als Mittelsmann zwischen ihm und den Roten Brigaden beschuldigt hatte, Enrico Renzi, ist weiterhin im Knast. Als Berardi starb, befand er sich in seiner nächsten Nähe: im gleichen Knast in Cuneo, zwei Zellen neben ihm, ebenfalls unter Isolationsbedingungen.

Die „politischen Gefangenen des Hochsicherheitstrakts Cuneo" beschuldigen in einer Erklärung die Gefängnisleitung, Berardi sei „vorsätzlich selbstgemordet worden". Zum „tragischen Tod" Berardis heißt es: „Der Genosse Franco wurde am 25. Oktober mit aufgeschnittenen Pulsadern in seiner Zelle gefunden: nach einer kurzen ärztlichen Versorgung und nachdem er ein Beruhigungsmittel bekommen hatte, wurde er zurück in die Zelle gebracht und dort gelassen, als ob nichts passiert sei". Über das Leben Francesco Berardis und Leben und Tod Guido Rossas wird in der Erklärung nichts ausgesagt.

ÜBERGRIFFE WÄHREND DES HUNGERSTREIKS

Wien 14.Oktober *Von der Knastgruppe Wien erhielten wir folgenden Bericht:*

Seit dem 23.August 79 befinden sich Thomas Gratt, Reinhard Pitsch und Othmar Keplinger in Wien in totaler Isolation. Begründet wurde diese "Disziplinarstrafe" mit einer angeblichen Kassiberaffäre, die von den Wiener Zeitungen inszeniert wurde. Thomas Gratt schreibt dazu:

"Wenn ich aber sage, das, was sich hier abspielt, gleicht bis in den Wortlaut der Presse-Campange hinein dem BKA-Schema, so impliziert dies zugleich die Frage, ob der letzte Hungerstreik im Juni auch aus demselben Grund befriedet wurde, wie das in der BRD der Fall war (z.B. in Stammheim Frühjahr'77, wo vorübergehend die Konzentration eingerichtet wurde, oder nun in Berlin), d.h. weil man zuerst die Power unserer Action brechen mußte, bevor die Bullen ihrerseits in die Offensive gehen konnten. Ich kann das momentan für Österreich noch recht schwer einschätzen...

Zum Charakter der Action(Pressecampagne, Hausdurchsuchungen, Zellenrazzia, Einzelisolation) und deren Ziel:

1) nach innerhalb des Knasts: Zerschlagung des gemeinsamen Hofgangs = Wiedererrichtung der Isolation, präventive Legitimierung weiteren Terrors unter dem Deckmantel von "Sicherheitsmaßnahmen"
2) nach außerhalb des Knasts einen Vorwand für eine faschistische Mobilisierung zu schaffen..."

Am 26.September und am 28.September erreichte die Campagne einen neuen Höhepunkt mit brutalen Überfällen auf Thomas Gratt — vorauszuschicken ist, daß sich dieser und Othmar Keplinger seit dem 18.September im Hungerstreik befanden, um vor allem die Aufhebung der Isolation zu erreichen.

Am 26.September sollte Thomas Gratt zum Wiegen gehen (eine angeblich notwendige ärztliche Maßnahme wegen des Hungerstreiks), weigerte sich aber, sich dieser Zwangsmaßnahme zu unterwerfen, daraufhin stürmten vier Justizwachbeamte in die Zelle, schlugen brutal auf Tho-

mas ein, wobei die Zelleneinrichtung in Brüche ging, zerrten ihn an den Haaren aus der Zelle und schnallten ihn auf eine Bahre, um ihn zur Waage zu bringen. Dabei wurde die Blutzirkulation an Händen und Füßen abgeschnürt, Thomas konnte eine Hand am nächsten Tag noch kaum gebrauchen, er hatte Schwierigkeiten beim Atmen (nach Tritten in den Magen, in die Rippen und in die Nieren),Kratzer im Gesicht. Bemerkenswert war für ihn, daß sich die Beamten, die ständig auf diesem Stockwerk zu tun haben, daher in dauerndem Kontakt mit ihm stehen, weigerten, irgendeine Zwangsmaßnahme durchzuführen. Thomas kannte die Beamten,die ihn schlugen, nicht. Aufgrund dieser Behandlung trat er sofort in Durststreik.

Am 28.September abends (die Zeit ist deshalb wichtig, weil dann alle Zellen geschlossen sind und sich keine Gefangenen auf den Gängen aufhalten), kam unter dem Vorwand, Thomas Gratt habe nach einem Arzt geklingelt, ein Beamter in die Zelle, um ihn zum Arzt zu bringen. Der Beamte schlug sofort , ohne noch eine Antwort abzuwarten, mit seinem Gürtel auf ihn ein, behandelte ihn wieder mit Fußtritten und prügelte ihn die Treppen hinunter. Der Lärm war im ganzen Stiegenhaus und besonders auch in den Nachbarzellen zu hören. Thomas konnte beim Arzt kaum aufrecht stehen, weil er auch Schläge in die Magengegend abbekommen hatte,- woraufhin der Arzt Kreislaufstörungen wegen es Rauchens konstatierte und ihm Zigaretten und Tabak entzog (Wegen des Durststreiks war das Rauchen allerdings ohnehin schon unmöglich geworden). Die Brutalität des Vorgehens hatte sich an diesem Abend bereits extrem gesteigert.

Zwei Tage später kam es zu Gesprächen mit Vertretern des Justizministeriums, worauf Thomas Gratt und Othmar Keplinger den Hungerstreik abbrachen. Das Ministerium war sofort verständigt worden und hat inzwischen auch eine Untersuchung gegen die Beamten eingeleitet.(Das ist in Österreich noch möglich!).

Thomas Gratt steht seither unter dauerndem Stress, weil er nicht weiß, was passieren könnte, wenn die Zellentür geöffnet wird.

Kontakt: Melanie Fink, Denisgasse 18/2/6, A—1200 Wien

PRESSEMITTEILUNG

Geisel-Demo:

GERICHTSURTEIL ZU KÖLNER POLIZEIÜBERGRIFFEN

Köln
26. Oktober

Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten und Hochschulgemeinden teilt mit:

Wegen Körperverletzung im Amt hat das Jugendschöffengericht beim Amtsgericht Köln am vergangenen Freitag einen 22-jährigen Polizeibeamten zu einer Geldstrafe von 1200,—DM verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß er eine 20-jährige Frau grundlos durch Schlagen ins Gesicht verletzt hatte. Die Frau hatte nach einer friedlichen Demonstration, zu der die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentengemeinden (AGG) aufgerufen hatte, zusammen mit etwa 70 weiteren Personen die Ankunft des früheren brasilianischen Staatspräsidenten Geisel am Kölner Gürzenich erwartet. Zwei weitere Beamte wurden freigesprochen, da ihnen eine konkrete Tatbeteiligung nicht nachgewiesen werden konnte.

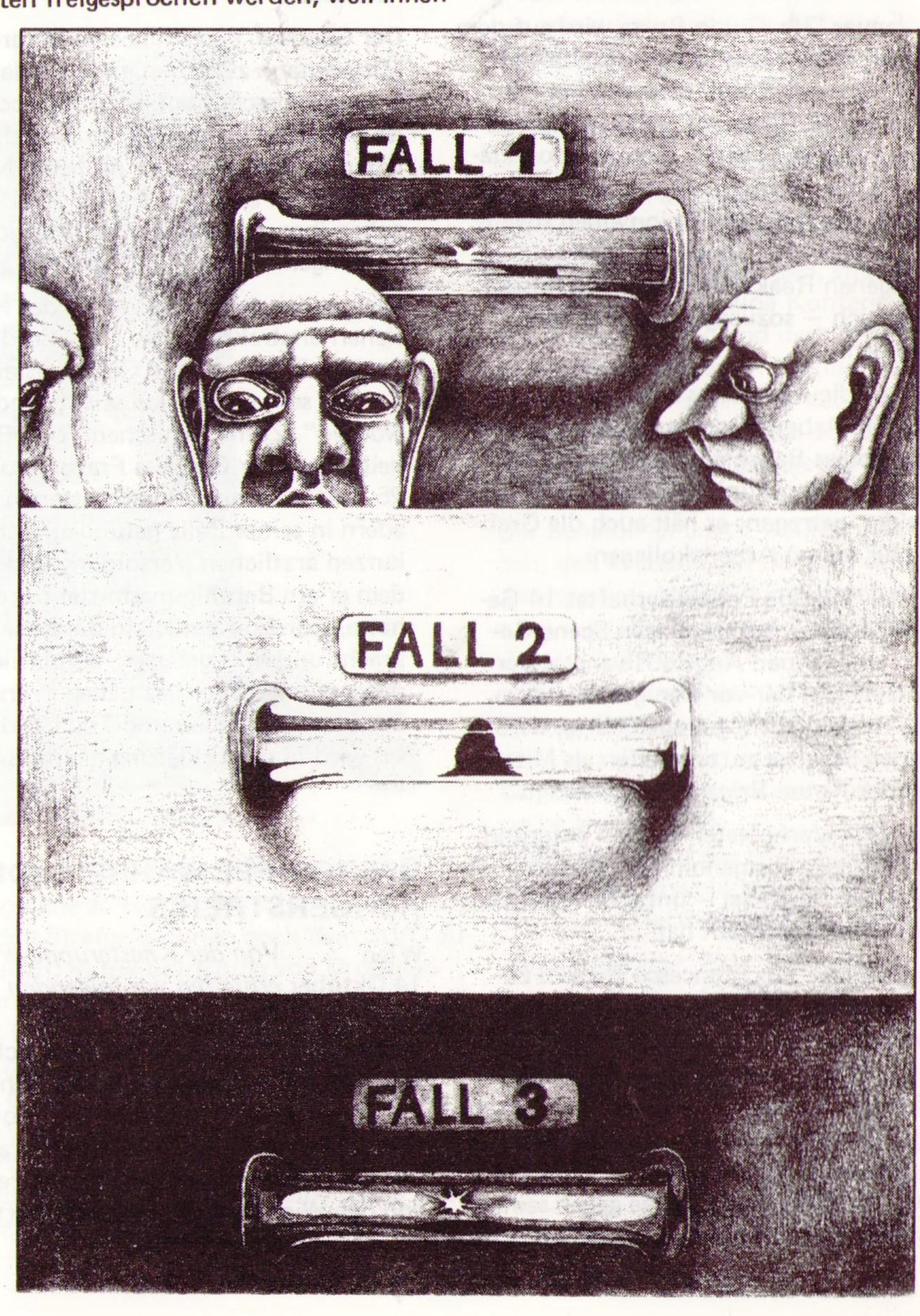
Die Vorgänge in Köln vom März des vergangenen Jahres, vor allem das brutale Vorgehen der Polizei, wurden weder vom Gericht, noch von Staatsanwaltschaft oder Verteidigung bezweifelt. Nachdem bei der Ankunft der Wagenkolonne einzelne Fäkalienbeutel geworfen worden waren, gingen Polizeibeamte mit Schläge und Tritten gegen solche Zuschauer vor, die in vorderster Linie die Ankunft des Präsidenten erwartet hatten. Wie mehrere Zeugen, darunter ein katholischer Geistlicher, aussagten, wurden einzelne Personen zu Boden geworfen, getreten oder gar meterweit über die Straße geschleift.

Es war jedoch nur in einem Fall möglich, einen der Angeklagten konkret zu überführen. Die beiden anderen Polizeibeamten mußten freigesprochen werden, weil ihnen ihre Beteiligung nicht nachgewiesen werden konnte. In einem Fall gab einer von ihnen zu, daß eine festgenommene Person von einem Kollegen ins Gesicht geschlagen wurde, während er selbst zusammen mit einem Kollegen diesen an den Armen festhielt. An den Namen dieses für diesen Schlag Verantwortlichen konnte er sich jedoch nicht erinnern.

Mittlerweile kündigten die Anwälte der Geschädigten an, gegen die Freisprüche und das ihrer Ansicht nach zu milde Urteil, das noch unter dem im Strafgesetzbuch vorgesehenen Mindestmaß blieb, Rechtsmittel einzulegen.

Die Vorfälle am Kölner Gürzenich vom März 1978 werden die Kölner Justiz noch eine Zeitlang beschäftigen. Am kommenden Mittwoch stehen die Demonstranten vor Gericht, denen das Werfen von Fäkalienbeuteln zur Last gelegt wird. Außerdem ist gegen fünf weitere Polizeibeamte Anklage wegen Körperverletzung im Amt erhoben worden. Bereits im August war wegen des gleichen Delikts ein Kölner Polizeibeamter in zweiter Instanz verurteilt worden, weil er festgenommende Demonstranten im Polizeipräsidium getreten hatte.

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1 Tel.: (02221) 234021



Ein Linker, etwas über zwanzig, aus dem Ruhrgebiet nach Frankfurt gekommen, Abendgymnasium. Die Geschichte mit seinem Vater hätte er vielleicht nie geschrieben, wäre der nicht dieses Jahr in die Psychiatrie gekommen.

Und da sagt ihr: Patienten raus aus der Psychiatrie

Ich bin/fühle mich als linker nicht war!
Aber darüber will ich gar nicht reden/schreiben oder vielleicht doch. Ich will euch einfach eine Geschichte erzählen von meinem Vater, meinem Stiefvater.

Unser Verhältnis als Linke zu unseren Vätern ist zwiespältig: einerseits kapseln wir uns ab und wollen mit den „Alten" nichts mehr zu tun haben oder höchstens wenn er am Monatsende einen Scheck rüber schiebt. O.K.

Werdegang von meinem Stiefvater:

Proletenkarriere - Flucht aus der DDR oder wie sie früher genannt wurde aus der „Ostzone". Heiratet meine Mutter. Ich war damals 10 Jahre alt und als die Hochzeit stattfand, ging ich wie jeden Tag zur Schule und die ganze Sache habe ich irgendwie garnicht mitbekommen. Mein Vater war der „Onkel....." als Mutter ihn kennengelernt hatte und er öfters aus der Nachbarschaft zu uns rüber gekommen war. Als ich also 10 Jahre alt war oder vielleicht waren es auch nur 9 Jahre und auf seinem rechten Knie saß; da war er einfach der Typ. Ich bewunderte ihn, weil er manchmal 16 Stunden am Tag schuftete und mit 16 Jahren in der Verbandsliga Fußball gespielt hatte. Jedoch was uns zusammenhielt: Vater, Mutter und uns 4 Kindern war daß, das jetzt alles geregelt und geordnet war.
Vater ging arbeiten, Mutter versorgte den Haushalt.....usw., usf.

Aber der Reiz der neuen Wohnungseinrichtung, des Fernsehens, des Kühlschranks floß in den Jahren dahin - ich wollte weg, raus aus der Enge der 2 1/2-Zimmerwohnung wo wir mit 6 Personen jahrelang gelebt haben. Mein Vater trank öfters: 2,3 oder 4 Flaschen Bier am Abend waren für ihn kein Problem, sondern die Regel. Warum?

Nur (?) meiner Mutter stank das, sie sagte ihm das und schließlich weigerte sie sich, mit ihm auf das alljährliche Fest des Vertriebenenverbandes zu gehen, denn: „Du trinkst ja wie ein Pferd, mit dir kann man ja nirgends hingehen".

Also bestanden die Abende in der Isolation des Fernsehens.
Ich wußte genau: am Wochenende läuft der Apparat auf vollen Touren. Mein Vater sah sich die „Sportschau" an und Mutter das „Ohnesorg-Theater". Er trank natürlich (?). Ich mußte jeden Samstag den Kasten Bier für ihn einkaufen.

Jahrelang zog sich das so hin - es gab Krach und es wurde beschwichtigt. Man/Frau wollte doch eine „glückliche" Familie sein.
Aber es klappte nie so richtig. Glückliche und zufriedene Familien gibt es nur im Familienprogramm.

Eines Tages war es dann so weit: Vater bekam einen Herzanfall, doch er hat es überlebt. Konnte nicht mehr voll arbeiten. Akkordlohn als Hilfsarbeiter wie früher war nicht mehr drin, und die Klammer, die alles zusammenhielt, die ganze Wohnung und den wenigen „Luxus", den man sich damit leisten konnte, floß dahin.

Normalerweise soll mensch ja nicht nach einem Herzanfall saufen aber er tats und was sollte er auch sonst tun.
Auf Grund des Herzanfalls mußte er monatelang krankfeiern und konnte überhaupt nichts machen als auf der Couch sitzen und .....
Alles was Vater durch die Arbeit und den dazugehörenden Rummel als Wertgefühl besaß, war weggewischt.
Eines Abends weckte mich mein Bruder auf und sagte: „Onkel... hat Tabletten geschluckt." Wir riefen den Krankenwagen an, und er kam ins Krankenhaus und überlebte wieder.
Als er rauskam war natürlich alles kaputt. Mutter hatte vor Vater den letzten „Respekt", Mut verloren und er spürte dies.

Er spielte einigemale „verrückt" und kam ins Landeskrankenhaus (Psychiatrie). Da sitzt, liegt und lebt (?) er nun und Mutter ist „froh" daß er sie und uns nicht mehr belastet. Für sie war die Ehe eine schwere Belastung, die Hölle auf Erden, wie sie immer sagt. Sie ist auch ziemlich mit den Nerven runter und mager geworden. Die Freude an anderen Sachen und Menschen kommt jetzt erst hoch, seit „er" in der Psychiatrie ist.
Und ich?
Einerseits ist es „gut" für meine Mutter, daß Vater von ihr weg ist. Andererseits weiß ich natürlich auch daß mein Vater dort in aller Sille mit Hilfe von Tabletten und Beruhigungszelle seinen Rest von Leben dahinwiechern wird.
Was soll er also tun als 50jähriger Arbeitsloser?
Biologischdynamischer Kohlanbau im Odenwald oder Theaterspielen?
Raus aus der Psychiatrie! natürlich, aber wohin, frage ich? wohin?

Aus dem Leben des Karl B.



Waldbröl
26. September

Über die 33-jährige Gefangenschaft von Karl Beeck in der Psychiatrie schreiben die Leute des SSK-Beschwerdezentrums Waldbröl im "Oberbergischen Volksblatt":

Im März dieses Jahres meldete sich der Patient Karl Beeck des Landeskrankenhauses Düren beim SSK-Beschwerdezentrum. In einem Brief bat er uns ihn dort herauszuholen und ihm eine neue Bleibe zu verschaffen.
Auf Grund dessen luden wir, die SSK-Gruppe Oberberg, Karl zu Pfingsten nach Waldbröl ein.
Alles was wir bis dahin von ihm wußten, war, daß er Epileptiker sei und häufig Anfälle bekam. Aber nichts von alledem. Wir lernten in Karl B. einen Menschen wie Du und ich kennen. Nachdem wir uns eine Weile beschnuppert hatten, und er mehr und mehr auftaute, erzählte er uns seine Geschichte.

Eine Geschichte, die sich 33 Jahre lang in Heimen und Landeskrankenhäusern abspielte.
Im Jahre 1945, als er 6 Jahre alt war, starb seine Mutter an einer Schilddrüsenkrankheit. Dem Vater, der in dieser schweren Zeit überhaupt nichts für seine Familie übrig hatte, schien seine neue Freundin wesentlich wichtiger zu sein. Noch während seine Frau im Sterben lag, steckte er den Jungen Karl B. in das Franz-Sales-Haus nach Essen.

Dieser verbrachte sein Leben von nun an hinter Mauern. Die einzige Verbindung nach "draußen" bestand zu seiner Großmutter, die sich als einzige von Karls Verwandten, um ihn kümmerte. Doch auch sie konnte nicht verhindern, daß in diesem Kloster Schläge an der Tagesordnung waren, die Ernährung noch schlechter als draußen war, daß die Kinder im Winter stundenlang mit kurzen Hosen herumlaufen mußten und daß man sie terrorisierte wo man nur konnte. Im Alter von 13 Jahren wurde Karl zu schweren Arbeiten herangezogen. Er bekam seine ersten epileptischen Anstöße, später Anfälle, und drohte seelisch zusammenzubrechen. Doch sein Hang zur Elektrik und Elektrotechnik verschaffte ihm einen gewissen seelischen Ausgleich. Doch dadurch, daß er sich immer mehr zurückzog, er sich seinem Hobby widmete, wurde er von seinen Kameraden gemieden und zu guter Letzt von Ihnen ausgestoßen. Schließlich schob man ihn in das Alexianerkloster nach Porz-Ensen ab.
Dort wurde er entschieden besser behandelt. Die Brüder des Klosters verstanden es auf Karls Fähigkeiten und Neigungen einzugehen. Er bekam sein eigenes Zimmer, und seine Anfälle hörten fast ganz auf. Karl B. fing an, Elektrogeräte, u.a. für die Post, zu reparieren, und verdiente sich sein erstes Geld. Kurz und gut, auf Grund seiner technischen Fähigkeiten schien ihm eine eigene Existenz und ein normales Leben gesichert zu sein.

In dieser Behausung wurde nun eines Nachts von einem Mitpatienten aus Protest ein Feuer gelegt. Karl B. wäre, auch durch die Nachlässigkeit der Pfleger, die auf Hilferufe gar nicht oder zu spät reagierten, bald ums Leben gekommen. Auf



Grund seiner lebensgefährlichen Verbrennungen sollte er nun in ein ordentliches Krankenhaus eingeliefert werden. Dr. Werner, der leitende Arzt lehnte dies aber rundweg ab. Sicherlich war dieser bestimmt nicht an eine Veröffentlichung der skandalösen Zustände in Düren interessiert!

(Auf Grund ähnlich skandalöser Vorfälle und massiver Kritik des SSK-Beschwerdezentrums mußte Dr. Werner notgedrungen vom Dienst suspendiert werden)

Der behandelnde Arzt Dr. Skobel konnte ein solches Geschehen nun nicht mehr mit seinem Gewissen verantworten und eröffnete 2 Monate später seine eigene Praxis außerhalb von Düren! Karl B., der nach diesem Vorfall wieder schwerste epileptische Anfälle bekam, mußte, kaum daß er wieder genesen, harte Gartenarbeit verrichten.

Nun gab es aber dort einen Arzt, dem die Einstellung Karls zur Kirche nicht paßte. (Karl ist Zeuge Jehovas) Zusammen mit Karls Vater, der wohl Angst hatte, daß dieser noch ein normales Leben führen könnte, sorgten sie dafür, daß Karl unter der haarsträubenden Bezeichnung "schwerer Epileptiker" in das Landeskrankenhaus Düren eingewiesen wurde.

Zu etwa der gleichen Zeit starb Karls Großmutter, und beraubt von seinem letzten Kontakt zur Außenwelt erlebte dieser die Hölle auf Erden.

Man schob ihn von einer Station zur anderen. Er lernte Pfleger kennen, welche nicht mehr zur Gattung Mensch gezählt werden dürfen. - Wie z.B. den Pfleger Becker, dessen Behandlung sich darauf beschränkte, Karl zu prügeln und zu provozieren wo es nur ging. - Oder der Pfleger Fischbach, der ewig im betrunkenen Zustand herumlief, Karl alles verbot, ihn nie in Ruhe ließ, und ihm sogar seinen Fernseher kaputtschlug.

Karl, der auf solche Schikanen natürlich wütend protestierte, ließ sich dazu verleiten, Fischbach eine herunterzuhauen. Darauf hatte dieser nur gewartet: er fing an um Hilfe zu brüllen. So eilten ihm dann 6 andere Pfleger zu Hilfe, die sich Karl packten, ihn aufs Bettgestell drehten und ihn etwa eine Viertelstunde lang, würgten und schlugen. Der gleiche Fischbach war es auch, der zusammen mit 2 anderen Gesinnungsgenossen einen älteren Patienten mit einer Wasserspritze piesakte.

Als dieser daraufhin laut anfing zu schreien, wurde er brutal aus dem Bett gerissen. Man warf ihn in rascher Reihenfolge hoch und runter, wobei er mehrmals mit dem Kopf gegen die Wand schlug. Durch diese "Behandlung" sorgten sie dafür, daß dieser Patient wieder schwer epileptisch krank wurde und kurze Zeit später verstarb.

DIE HÖLLE AUF ERDEN!!!

Karl aber erlebte nun die schrecklichste Zeit seines Lebens. Man steckte ihn in eine Einzelzelle, deren einzige Ausstattung aus einer Schaumstoffmatratze bestand. Aber damit noch nicht genug. Nach 2 Wochen "Einzelhaft" steckte man ihn in das Bewahrungshaus, wo er in einem 4-Mann-Käfig eingesperrt wurde. Die Zustände dort sind ekelerregend, grauenhaft und nur mit denen von Tieren in Zoos vergleichbar.

Schließlich aber brachte man ihn dann doch auf eine öffentliche Station. Hier machte ihn dann ein Mitpatient auf das SSK-Beschwerdezentrum aufmerksam. Heimlich knüpfte Karl B. erste Kontakte, und mit Hilfe seines neues Vormundes und seiner neuen Ärztin gelang es dann, Karl B. aus seiner 33-jährigen Gefangenschaft zu befreien.

NACHWORT

Was hier an die Öffentlichkeit dringst ist wiederum ein fast alltägliches Schicksal. Aber dies ist wohl die unglaublichste Schlampigkeit und Gleichgültigkeit einem Menschen gegenüber, dem man jahrzehntelang das Recht abstritt sein eigenes Leben zu führen. Es ist wiederum ein Fall, in dem sich der Landschaftsverband Rheinland als Träger solcher Institutionen und leider auch als eigene Aufsichtsbehörde, verantworten muß! Hier zeigt sich auch deutlich, daß es das Ärzte- u. Pflegepersonal, die wissen mußten, daß Karl B. kein schwerer Epileptiker ist, nicht verstanden hat auf Karl B. Fähigkeiten oder Neigungen einzugehen. Daß man sich nicht die geringste Mühe gegeben hat, Karl ein Einzelzimmer oder draußen eine Arbeit bzw. Lehrstelle zu verschaffen. Statt dessen pumpte man ihn mit Medikamenten voll und setzte ihn der Willkür von Pflegern aus, die man in den meisten Fällen als Schläger bezeichnen kann. Man sprach Karl Urteils- und Kritikvermögen ab. Doch dieser schrieb in seiner Verzweiflung an den Bundeskanzler, erhielt aber die tröstende Antwort, daß man seine Ausführungen mit Interesse gelesen habe. In einem Gutachten, das nach seiner Entlassung von einer zuständigen Ärztin ausgestellt wurde, heißt es u.a."....Er litt darunter, daß er hier kein Einzelzimmer zur Verfügung hatte, in das er sich zurückziehen konnte. In seiner Freizeit beschäftigte er sich mit elektrotechnischen Arbeiten und zeigte dafür eine auffallende Begabung......" Fürwahr, ein makabres Zeugnis für einen angeblich "Geisteskranken". Karl B. lebt nun seit einem knappen Vierteljahr bei uns. Er unterscheidet sich in nichts von uns, und wird wie jeder andere von uns gleich behandelt. Er repariert unsere Elektrogeräte und hilft uns auch sonst, wo er nur kann.

Aber immer, wenn wir ihm begegnen, fragen wir uns, ob wir nicht einem Irrtum unterlegen sind und dies gar nicht der Karl B. ist, der sein Leben 33 Jahre lang in Heimen und Anstalten verbrachte, und von dem hier berichtet wird. Denn wie heißt es doch in einem Gutachten vom 25.11.1975 "... Ohne die im Landeskrankenhaus mögliche Therapie und Betreuung im engeren und weitere Sinne dürfte der Proband (Person, die zu wissenschaftlichen Zwecken beobachtet wird) aber draußen nicht existieren können. Die weitere Unterbringung des Probanden im Landeskrankenhaus liegt daher in seinem wohlverstandenen Interesse............"

Zitat Ende

Kontakt SSK-Beschwerdezentrum, Eisenbahnstr. 6
5220 Waldbröl l-Hermesdorf

Das Beschwerdezentrum Waldbrühl ist eines von mehreren Beschwerdezentren im Rheinland. Sie versuchen eine Öffentlichkeit über die "Abschiebeanstalten der Gesellschaft" herzustellen und Menschen da rauszuholen.

warten warten warten
dass es 7 uhr wird
dass es 10 uhr wird
dass es 12 uhr wird
dass es 19 uhr wird
dass es 22 uhr wird
warten warten warten
auf die nacht
die dich ängstigt
weil du alleine bist
warten warten warten
auf den morgen
der dich erschreckt
weil er grau ist
morgen ist gestern
gestern ist heute
heute heisst warten
ob sie dort DRAUSSEN
eigentlich wissen
dass wir hier warten

werner schlegel
jva rheinbach

LÜGEN AUS DER PSYCHIATRIE

Im ID 289 hatten wir einen Artikel aus der Mönchengladbacher Stadtzeitung „lott jonn" abgedruckt. Es ging um einen Modellversuch in der Psychiatrie: mehr Personal, weniger routinemäßige Verabreichung von Psychopharmaka undsoweiter. Im Vorspann war zu lesen, daß Modellversuche dann nützlich sein könnten, wenn die Patienten/Bewohner der benachteiligten Anstalten für sich die besseren Bedingungen der Modellversuche fordern.

Übel – und zwar so übel, daß auch die Verfechter des Modellversuchs Kritik daran übten – stand es hauptsächlich um die „Arbeitstherapie. " Ihrer unverhohlenen Extra-Ausbeutung verdankte der Artikel seine (vom ID verpaßte) Überschrift „Dübel aus der Psychiatrie".

Der folgende Brief kritisiert den Artikel aus dem ID 289. Wir verbinden das mit einem Aufruf an alle Beteiligten – Psychiatrisierte, ihre Angehörigen und Freunde, Freundinnen, Ärzte, Ärztinnen, Pfleger, Pflegerinnen und Zivildienstleistende –: es gibt allen Anlaß, „unterbliebene Nachrichten" und Kontroversen über die Psychiatrie mehr als bisher in den ID zu setzen!

An den ID:

Mir scheint, daß zu dem bisher unwidersprochenen gebliebenen Artikel aus dem ID 289 „Dübel aus der Psychiatrie" (lott jonn) doch noch was gesagt werden muß:

Wer offensichtlich mit der Lüge der besseren BeDINGungen lebt, DER braucht sie nicht mehr zu fürchten.
Beklagen sich die Ärzte allenthalben über die mangelnde Krankheitseinsicht (=Behandlungseinsicht) der Patienten, so ist es jetzt ein medizinisch-technischer-Linker von „lott jonn", der die Einsicht propagiert, daß die Krankheit zur verordneten Normalität gepreßt werden muß - d.h. zur Kapitulation, ob durch Gespräche oder durch andere Behandlungsmethoden.
Parole: Verwaltet Euren Alltag, wählt Eure Vertreter selber wir besorgen den Rest, was nicht weniger heißt, als Euch als Kranke zu beseitigen!
Der Alltag der Menschen in der Welt der Waren und des Warenverkehrs ist NICHTS, DAS WAHRE ELEND; die Waren handeln, die Menschen werden behandelt - von Ärzten, deren einziges Interesse darin besteht, Krankheit als Ausdruck von und Protest gegen dieses alltägliche Nichts und als Bedürfnis nach Veränderung zu beseitigen, Schuldgefühle, Gepanzertheit und „individuelles Schicksal" zu produzieren: eine Strategie der Verelendung und der Verheimlichung des Elends, die denen nicht mehr auffällt, die sie gewohnheitsträge tagtäglich mitmachen. Liest sich doch die Beschreibung des klinischen Alltags in dem Artikel wie die wohlwollend ironische Karikatur des Alltags therapieverseuchter Alternativ-WG's.
Auch idyllisch-konfliktbereit-gemeinschaftselige Beschreibungen der Erscheinungen des Alltags geben dieses Nichts wieder, zumal sich die Gemeinschaft als die der Pillen erweist: „um eine bewußte Auseinandersetzung führen zu können, darf man nicht durch alle möglichen Pillen halb weg sein" und „.....nur als HILFE eingesetzt werden, um noch halbwegs am Leben (!) in der Klinik teilnehmen zu können."
Schließlich die Arbeitstherapie (dort bestehen noch „mehrere Probleme"; aber keine Angst, ob mit oder ohne Arbeitstherapeut: Arbeit macht frei....). „Sie dient dazu, in dem verschlissenen Kranken nur ja nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, er erhalte etwas für nix. Dann nämlich, wenn er es nicht mehr schafft, sich draussen länger am Riemen zu reißen, und seine Arbeitskraft zu verkaufen, seine kleingehäckselten, beziehungslos-bruchstückhaften, jedes Sinnes und jeder Bedeutung entleerten Handgriffe zu machen, und in sich gebrochen und in die Klapsmühle eingesperrt zwar, aber dennoch mit einem Dach über dem Kopf und Essen im Geschirr wiederfindet. Früher oder später wird er sich dann mit derselben entfremdeten, verrückten Arbeit konfrontiert sehen, die ihn krankgemacht hat. Nur wird diese Arbeit diesmal mit den heiligen, erlösenden, heilbringenden therapeutischen Eigenschaften aufgeladen sein.... Die Arbeit, die in den Klapsmühlen , therapeutisch' heißt, und die, die in den Zuchthäusern, heute Gefängnisse genannt, Strafvollzug heißt, ist dieselbe." (Gerard Hof, „Hunde wollt ihr ewig sterben", Trikont)
So wie in dem Artikel von „lott jonn" versprechen die Psychiater seit Jahren gesündere Klapsmühlen und versuchen durch derlei Werbung das durch wachsendes Mißtrauen der Kranken verlorengegangene Terrain zurückzuerobern (s. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie, „Nervenarzt", „Treffpunkte" (in Frankfurt), FAZ etc. pp., offenbar alles „unterbliebene Nachrichten"). Ob sie das noch lange rettet?

Anne Fuchs
Oberweg 23
6 FFM 1

ZUM BEISPIEL: KARL-BONHÖFFER NERVENKLINIK

Nachfolgender Bericht über die West-Berliner Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik greift die Probleme der Psychiatrie vom Standpunkt „fortschrittlicher" Therapie auf. Die Fragestellung, die z.B. Anne Fuchs in ihrem Brief über Sinn und Unsinn der Psychiatrie aufwirft, wird im Artikel zur Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik nicht behandelt. Aber wir veröffentlichen trotzdem Artikel von Leuten, denen es um die alltäglich machbaren Verbesserungen in den bestehenden Anstalten geht.

„Schöner einsperren? " – Wir halten zwar die Parole „Holt die Menschen raus" nicht für Spinnerei, aber soll Rudolf W. (siehe anschließenden Brief) auf seine Schreibmaschine warten müssen, bis die richtige Parole eingelöst wird?



Brief von der Karl–Bonhoeffer–Nervenklinik an Frau Gundula W.:

Betr.: Ihren Sohn Rudolf W., derzeit Station 5

Sehr geehrte Frau W. !

Ich bestätige den Eingang Ihres Briefes vom 14.8.78. Ich tue dies mit großer Sorge, weil aus Ihrem Schreiben hervorgeht, daß Sie sich auf die Seite Ihres Sohnes "gegen" die Ärzte stellen, die sich bemühen –das sollten Sie doch zu sehen vermögen– Ihren Sohn auf einen besseren Weg zu führen. Es handelt sich darum, daß Ihr Sohn erkennt, daß hier eine Behandlung zustande kommen soll, während er nur Einwände hat und versucht, die Situation so zu manipulieren, wie er sie zu sehen glaubt.

Ich bin in diesem Zusammenhang auch erstaunt darüber, daß Sie in Ihrem Brief Bitten äußern, sogleich aber einen Satz anschließen wie den folgenden:....so kann ich Ihnen versichern,

Ein besonders dunkler Punkt:
Die Besetzung nervenärztlicher Facharztstellen.

Hierüber mag folgende Grafik eine Übersicht geben (Stand März 1979):

Planstellen für Fachärzte für Nervenkrankheiten — außer leitenden Stellen in der KaBoN	51
Tatsächlich besetzte Stellen mit Fachärzten für Nervenkrankheiten	4
Mit in der psychiatrischen Ausbildung sich befindenden Assistenzärzten besetzte Facharztstellen	31
Nicht besetzte Facharztstellen	15

Man muß sich das einmal vorstellen: von 51 Planstellen für Fachärzte für Nerven- und Gemütskrankheiten konnten nur 4 besetzt werden, dazu zusätzlich die beiden Facharztstellen in der Aufnahmestation und die Facharztstelle in der Ambulanz nicht. Auch wenn die Ausbildung zum psychiatrischen Facharzt nicht vor Fachborniertheit und Fachblindheit schützt — ganz sicher nicht — so bieten die obigen Zahlen doch ein erschütterndes Bild in der ärztlichen Versorgung.

Das Fehlen eines therapeutischen Konzepts, das über die rein medikamentöse Therapie hinausgeht, ist sicher ein weiterer Grund, warum die Arbeit in der KaBON so unattraktiv ist. Über die Einführung von Psychotherapie — vor allem auch in der Form der Gruppentherapie — eingehenden therapeutischen Gesprächen, Soziotherapie, Einrichtung kleinerer Einheiten im Sinne einer therapeutischen Gemeinschaft kann heute vom fachlichen Standpunkt her kein Zweifel mehr bestehen.

Das würde für die KaBoN eine völlig veränderte Personalstruktur bedeuten: weit mehr Psychologen, mehr Beschäftigungstherapeuten und Krankengymnasten, psychiatrisch fortgebildetes Pflegepersonal, psychotherapeutisch geschulte Ärzte, mehr Sozialarbeiter.

Aber, um es klar auszudrücken: die Klinikleitung, insbesondere Keup, will eine solche Veränderung der KaBoN gar nicht, sondern eine psychopharmakazentrierte Verwahrpsychiatrie. Keup verrät sich selbst, wenn er sagt, er halte nichts von Therapiekonzepten, sondern es gäbe für jeden Patienten eine individuelle Therapie. Therapiekonzepte und Therapieziele zu entwickeln, bedeutet aber gerade, für den einzelnen Patienten geplante Therapie zu betreiben; Keups Gerede von der individuellen Therapie ist angesichts der Situation an der KaBoN reiner Hohn, zum anderen erlaubt es, in der bisherigen therapeutischen Beliebigkeit weiterzuwursteln.

Als krassestes Beispiel sei hier die Situation bei den Psychologen dargestellt: Bei 1840 Betten in der KaBoN gibt es z.Zt. 8 1/2 Planstellen für Psychologen. Hiervon arbeiten 3 Psychologen als Therapeuten im Drogen- und Alkoholikerbereich, 3 bzs. 5 Psychologen arbeiten als Ganz- bzw. Halbtagskräfte im diagnostischen Bereich. Eine wirkliche Teamarbeit zwischen Psychologen und Ärzten kommt allein schon auf Grund dieses zahlenmäßigen Mißverhältnisses nicht zu Stande. Außerdem scheint in einer von der klassischen Psychiatrie dominierten Klinik wie der KaBoN kaum jemand — außer natürlich den Psychologen — auf den Gedanken zu kommen, Psychologen könnten auf Grund ihrer Ausbildung mindestens ebenso gut, wenn nicht besser, mit psychisch Kranken umgehen als Ärzte.

Aus: „Eingriffe — Unbeliebte Nachrichten für Berliner Krankenhäuser. . . " Nr. 18, Kantstr. 148, 1 Berlin 12.

ID–Bibliographie

Eigentlich wollte ich für die ID–Bibliographie das Buch:"Patienten an der Front oder Die verlorenen Ehre der freien Advokatur und dem ganzen Dikasterium" vorstellen/besprechen. Jedoch habe ich keine Lust, in der Flut von Büchern, die uns gerade jetzt nach der Buchmesse überschwemmt, dieses Buch wie eine heiße Kartoffel anzupreisen.

Dafür ist es zu gut und interessanter und spannender als Bücher von diesen Kulturheinis.

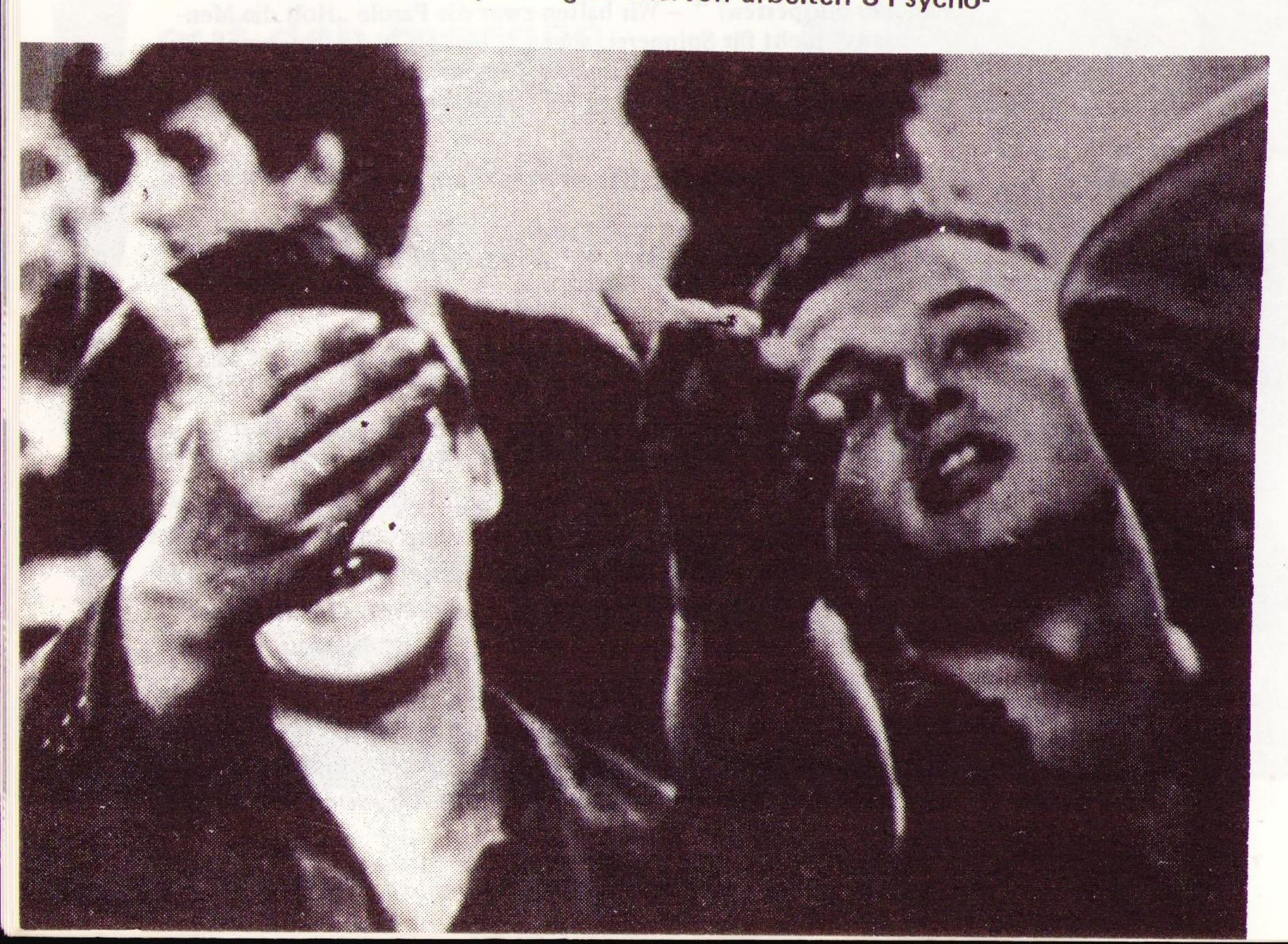
Ein Großteil des Inhalts besteht aus Anträgen,Beschwerden und Briefen von Insassen der Psychatrie und Anwortschreiben von Gerichten und Anstaltsleitungen.

Die Gefahr,die oft bei Psychatrie- und Knastberichten/büchern besteht: nämlich auf die Tränendrüse der Leute zu drücken, die "draußen" sind,besteht bei diesen Buch nicht. Denn es geht weiter und schildert scheinbar nur dokumentarisch in einen Behördendeutsch ohne lyrische Ausschweifungen Schweinereien und alltägliches Leben in der Maschine Psychatrie.

Dadurch bekommen auch wir, die „draußen" sind, eine Ahnung davon, was „drinnen" mit Menschen passiert, die von dieser Maschine erfaßt und katalogisiert worden sind, aber gleichzeitig wird dieses Buch, wie die Herausgeber (AStA Kassel und die Gruppe Justiz/Knast/Psychiatrie Göttingen) schreiben, zu einem Leitfaden.

Beziehen kann mensch das Buch unter dem Stichwort"Patienten" beim AStA Kassel. Das Geld (10 Märker) überweist auf das Girokonto der Stadtsparkasse Kassel, Konto-Nr.045609, BLZ 52050151.

Waldemar



DER SOZIALTHERAPIE KASSEL E.V. VEREIN ZUR REHABILITATION PSYCHOSOZIAL GESCHÄDIGTER, 3500 KASSEL, MOTZSTR. 3 , BIETET AN:

erfahrungsberichte aus der arbeit in zwei therapeutischen wohngemeinschaften der „arbours association", london
teil l: erfahrungsbericht
teil 2: der theoretische teil
ca 50 seiten din a 4
preis: 6,00 dm plus 2,00 dm porto
herausgegeben vom verein
verfasser: tubbesing, ulrike
stauth, arnim

Überweisungen bitte auf unser Konto Nr. 024232 Stadtsparkasse Kassel.

daß ich neben den rechtlichen Schritten es laut in alle Welt hinausschreien werde und mich auch nicht vor dem Einsatz der Presse scheuen würde..."oder"ich bitte Sie,meinen Sohn diese Entscheidung schriftlich zukommen zu lassen,denn er beabschtigt,seinen Rechtsanwalt sonst mit der Durchsetzung seines Wunsches zu beauftragen" (hierbei handelt es sich um seinen Wunsch,eine eigene Schreibmaschine zu benutzen).

Leider ist es mir nicht möglich,auf jeden Patienten dieses Hauses einzugehen,ich muß den Briefwechsel mit Ihnen daher kurz halten. Ich kann Ihnen daher nur das folgende mitteilen:

1. *Das Zimmer,in dem Ihr Sohn in Station 5 untergebracht ist,ist nicht besser und nicht schlechter als die anderen Zimmer auch. Eine Verlegung kommt nicht in Frage.*
2. *Aus therapeutischen Gründen ist die Genehmigung der Überlassung einer Schreibmaschine an Ihren Sohn nicht gestattet.*
3. *Ihr Sohn hat auch früher versprochen,nicht zu entweichen. Die Klinik ist dafür verantwortlich,daß er das nicht tut und wird alle dazu notwendigen Maßnahmen durchführen, bis die Ärzte davon überzeugt sind,daß diese nicht mehr notwendig sind.*
4. *Die Zeiten und Gelegheiten,zu denen die Patienten Zugang zum Hausgarten haben,werden vom Pflegepersonal unter der Leitung des Arztes bestimmt und nicht von Patienten oder deren Angehörigen.*
5. *Sollte der Kontakt zwischen Ihnen und Ihrem Sohn die therapiehemmende Haltung Ihres Sohnes verstärken,so ist ist die für Ihren Sohn verantwortliche Chefärztin von mir autorisiert worden,den Kontakt zwischen Ihnen und Ihrem Sohn einzuschränken.*

Die Ärzte der Station 5 sind von mir über den Schriftwechsel mit Ihnen voll informiert worden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Prof. Dr. W. Keup)
Ärztlicher Direktor

Formal liegt die Verantwortung für die Mißstände in der KaBoN bei deren ärztlichen Leiter, Herrn Keup. Er und seine ihm ergebenen Oberärzte prägen durch die von ihnen praktizierte Psychiatrie ein antitherapeutisches Klima in der KaBoN und damit auch das Mißbehagen, mit dem die meisten Kollegen dort arbeiten. Konstruktive Kritik, um die gröbsten Mißstände in der KaBoN zu beseitigen, wurden von der ärztlichen Leitung bis vor kurzem einfach unter den Tisch gebügelt.

Wir haben vor zwei Jahren (Eingriffe Nr. 5) an einem Beispiel die rückwärts gewandten Vorstellungen des Herrn Keup in der Psychiatrie dargestellt. Keup forderte vom Senat zig Millionen Mark zum Ausbau eines Rehabilitationsdorfes innerhalb des Geländes der KaBoN.

Unsere Auffassung, die wir mit vielen in der Psychiatrie Tätigen teilen, war und ist, daß ein Rehabilitationsversuch hinter Klinikmauern eher die Einrichtung „Psychiatrische Großklinik" stützt als dem Patienten hilft. Wie soll er die Selbständigkeit und Mündigkeit, wieder außerhalb der Klinik zu leben, hinter den Klinikmauern lernen?

Die Forderung nach einer dezentralisierten, gemeindenah angesiedelten, hauptsächlich im ambulanten Bereich tätigen Psychiatrie ist nach wie vor das passendste Konzept für ein solches Verständnis von Psychiatrie.

Auch das verkleinerte Dorfmodell in der KaBoN, die geplante Sozialstation, ist alter Wein in neuen Schläuchen — der Forderung nach einer Orientierung der Rehabilitation außerhalb der Klinik wird sie nicht gerecht.

Nachdem über längere Zeit hinweg zur Einzelne versuchten, den gröbsten Klinikmißständen die Spitze abzubrechen, hatte sich im Herbst 1978 die Situation so zugespitzt, daß etwas Bemerkenswertes passierte: Auf einer Personalversammlung wurde im November 1978 eine Kommission gebildet, die das Ziel hatte, eine Bestandsaufnahme aller kritikwürdigen Zustände in der KaBON zu erarbeiten. Diese Kommission hat bisher — im Januar und Juni 1979 — Arbeitsergebnisse in Form eines Berichts vorgelegt.

Die beiden Mängelberichte der Kommission zeigen eine solche Fülle von Mißständen auf, die nicht einfach vom Tisch gewischt werden können, sondern Konsequenzen für eine Veränderung in der KaBoN haben müssen. Wir wollen im folgenden einige schwerwiegende Schwachpunkte herausgreifen.

Die fehlende Attraktivität der ärztlichen Tätigkeit in der KaBoN führt einerseits dazu, daß eine ganze Anzahl von Arztstellen nicht besetzt ist — für die Kollegen bedeutet das Mehrarbeit. Zudem ist die Fluktuation des ärztlichen Personals hoch, d.h. fast jeder Arzt bleibt nur so lange, wie es unbedingt nötig ist. Für den Patienten ist das schlecht — hat er sich einmal auf einen Arzt eingestellt, so geht dieser bald wieder. Für die Zusammenarbeit mit dem Personal ist der häufige Arztwechsel ebenfalls schlecht, denn hierdurch werden auch nur Ansätze von Teamarbeit zwischen Ärzten und Pflegepersonal verhindert.

nach wie vor finden sich in der KaBoN noch Stationen bis zu 90 Betten
nach wie vor existieren noch Aufnahmesäle mit mehr als 20 Betten
nach wie vor muß noch ein großer Teil der Patienten die gefängnisähnliche Anstaltskleidung tragen. Nach wie vor werden Patienten bei der Aufnahme alle persönlichen Sachen weggenommen
noch gibt es die diskriminierende Einrichtung sog. „Parkscheine", die Patienten bei jedem Gang in das Klinikgelänge vorzeigen müssen und die sie z.T. nur an zwei Wochentagen zu festgelegten, äusserst kurzgehaltenen Zeiten beantragen können.
nach wie vor stehen nicht einmal ausreichend Schränke für die Patienten zur Verfügung
innerhalb eines Jahres kam es vor, daß bis zu achtmal der Arzt auf einer Station wechselte
trotz dringenden Bedarfs wurden in den vergangenen 2 Jahren im Durchschnitt etwa 15 Planstellen für Ärzte unbesetzt gelassen, wobei z.T. bis zu 100 Patienten von einem Arzt versorgt werden mußten
bislang wurde auf eine bedarfsmäßig auch nur minimal ausreichende Einstellung von Psychologen verzichtet.

Ärztefluktuation bedeutet aber auch noch etwas anderes, was viele in der KaBON arbeitende Kollegen auf das äußerste erbittert: Auf offensichtlich völlig willkürliche Weise werden Ärzte kurzfristig, z.T. auf telefonische Anweisung ohne Begründung von einer Station auf die andere versetzt. Oder man kommt aus dem Urlaub zurück und muß auf eine fremde Station. Der Verdacht drängt sich auf, daß die häufigen Versetzungen von Ärzten auf andere Stationen ein Disziplinierungsmittel der Klinikleitung sind, um jede Möglichkeit zu verhindern, sich gegen die von ihr erwünschte und praktizierte Psychiatrie zusammenzutun.

Die Veränderung einer Landschaft

10. September 1979, ein 4 Hektar großes Waldstück im Gorlebener Forst. Unter dem Schutz von Polizei und Grenzschutz beginnt ein Holzfällertrupp damit, den Wald für die Tiefbohrstelle 1003 zu fällen. Die Tiefbohrungen sollen der „Erkundung des Gorlebener Salzstocks (dienen) für die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen" (offizielle Version). In nicht einmal zwei Wochen entsteht ein Monument der wehrhaften Demokratie.

10. September 79, 8 Uhr. Bei Tagesanbruch waren Polizei und BGS gekommen, dann begann das Abholzen. Als wegen der Leute in den Bäumen eine Pause eintrat, war der Vermessungstrupp schon dabei, seine Werkzeuge vorzubereiten.

10. September 79, 10 Uhr. Die Polizei- und BGS-Kette drängt die Atom-Gegner immer weiter zurück. Hinter der Kette entsteht eine kleine Lichtung, während noch die letzten Leute in den Bäumen sitzen.

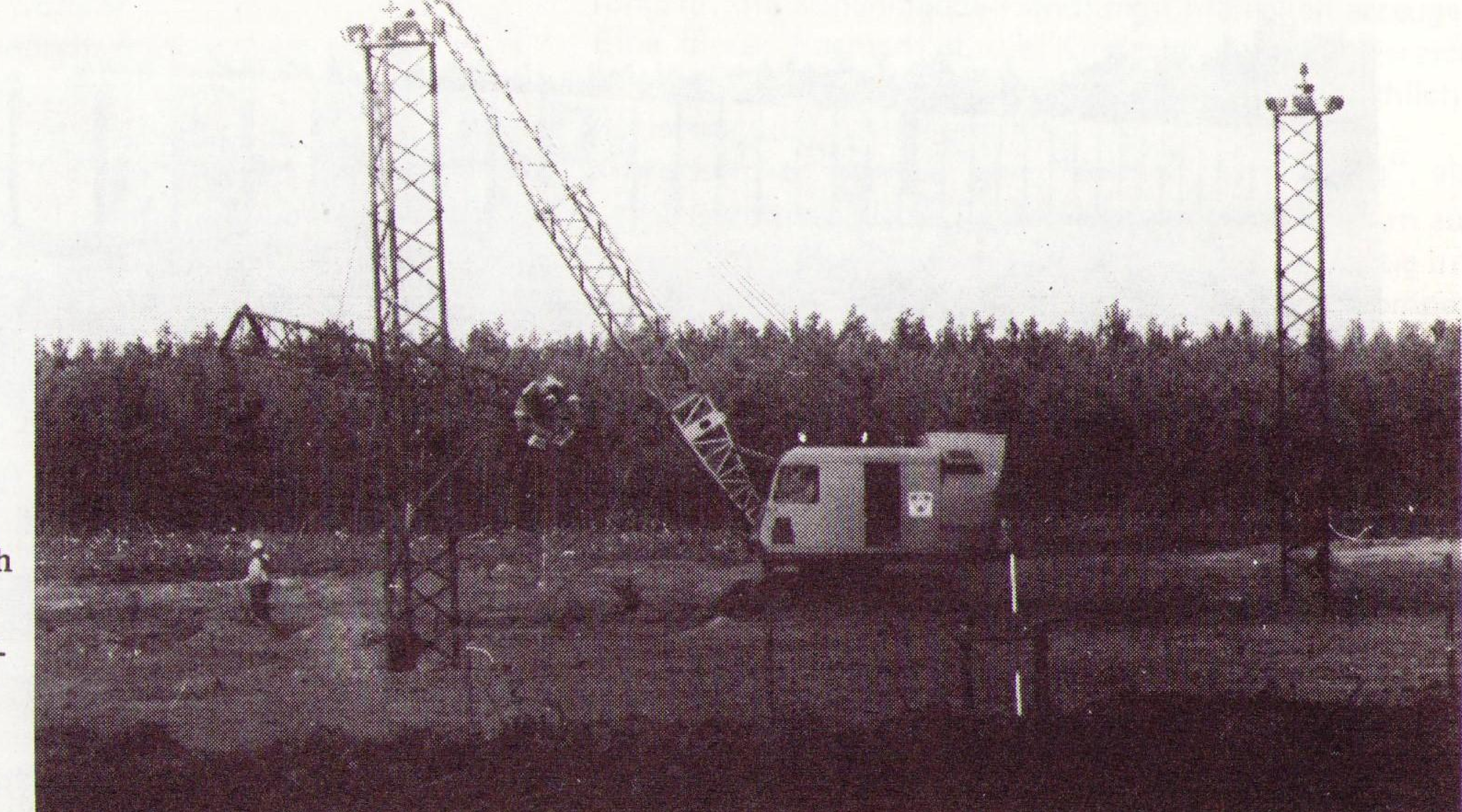
10. September 79, 12 Uhr. Ohne weiteren Widerstand wird jetzt gefällt. In Sekundenabständen fallen die Bäume.



11. September 79, morgens. Bereits am Vortag war diese Raupe gebracht worden. Sie soll die kleinen Äste maßgerecht zerkleinern, damit ein Bulldozer sie beiseite schieben kann. Wir glauben schon, daß das jetzt gefällte Areal groß genug ist und nicht weiter abgeholzt wird.



11. September 79, abends. Wir haben uns getäuscht. Es gibt eine Brutalität, die nicht unmittelbar körperlich ist wie die am Vortag, als die Leute von den Bäumen gezerrt wurden.



13. September 79. Nachdem das Gelände bereinigt ist, gibt es noch viel zu tun. -
Entgegen der Erwartung verändert sich der Platz nach dem Aufstellen der Beleuchtungsmasten bis zur Demonstration am 15. September kaum noch.



21. September 79. Erst nachdem die öffentliche Aufmerk-keit etwas abgeflaut ist, geht der Festungsbau weiter.

Trebel, 30. Oktober 1979

Im Wendland gehen nicht nur die Tiefbohrungen für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen in Gorleben weiter, sondern auch die Flachbohrungen „zur hydrologischen Untersuchung". Der Nachteil für die Betreiber ist, daß nicht alle Zugänge zu den neuen Bohrstellen schon im Besitz der DKW sind. Deswegen passierte am 18. Oktober das Folgende:

Wie der Bürgermeister von Trebel mit der Besatzungsmacht in Konflikt geriet

Landwirte aus Gorleben und Gedelitz hatten erfahren, daß ein Bohrtrupp und die dazugehörenden Polizeikolonnen einen nichtöffentlichen Gemeindeweg als Zufahrt zur Bohrstelle benutzten. Der Weg ist für alle Kraftfahrzeuge außer denen der Land- und Forstwirtschaft gesperrt. Die Gemeinde hatte sich schon früher geweigert, ihre Wege für Besatzungstruppen und Bautrupps zur Verfügung zu stellen.

Am 18. Oktober um 7 Uhr 30 rief daher der Bürgermeister von Trebel bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig (die leitet die Bohrungen) an und protestierte gegen die Benutzung des Weges.

Um 8 Uhr stand er mit 6 Landwirten auf dem Wege, um dem Bohrleiter die Sache zu erklären. So war es mit der PTB ausgemacht.

Einem vorbeikommenden Polizeioffizier, der Konvoibegleitung für ein Wasserfahrzeug fuhr, wurde die Lage ebenfalls erklärt. Der begriff auch und versprach, in Zukunft einen anderen Weg zu benutzen.

Der Konvoi war kaum weg und der Bürgermeister mit Begleitung gingen weiter, den Bohrmeister zu suchen, als zwei BGS-Bullis auftauchten. Nach dem Befehl „Absitzen" und „Weg räumen" hörte sich der BGS-Offizier zwar den Protest des Bürgermeisters an, notierte sich auch, daß er den Bürgermeister vor sich hat. Gleichwohl ließ er räumen. Dienstnummern hatten natürlich alle BGSler nicht bei sich.

Der Bürgermeister ist empört. Das sei der schlimmste Zwischenfall, in den er während des zweijährigen Konflikts geraten sei. Dem Einsatzleiter der Gorleben-Polizei, Spitzer, sagte er, daß für ihn diese „Leute ausgebildet sind, Menschen zu treten, zu schlagen oder in Angst und Schrecken zu versetzen". Für ihn sei die PTB erledigt.

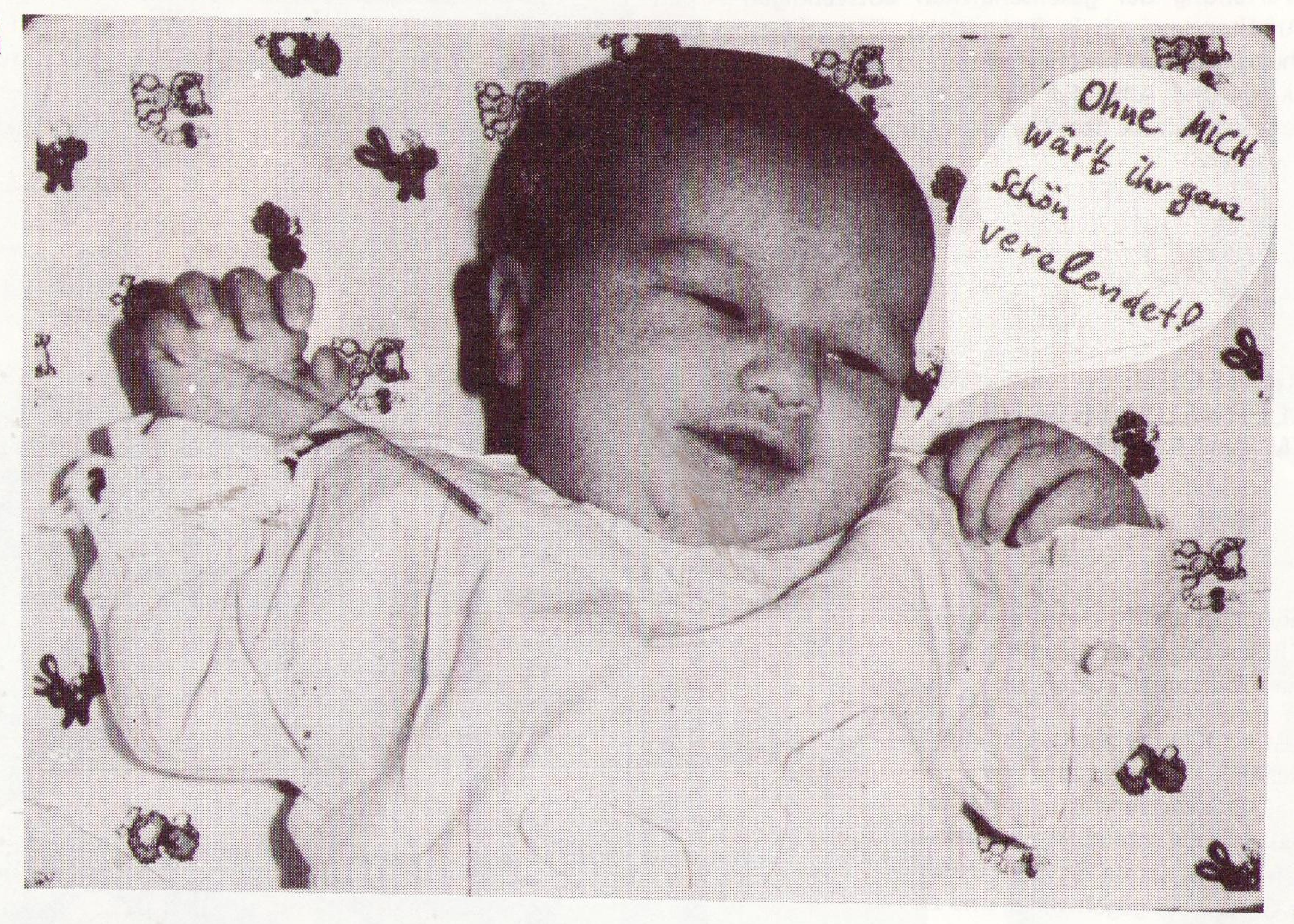
Die PTB wiederum hat sich inzwischen in einer öffentlichen Erklärung in der Elbe-Jeetzel-Zeitung halbwegs entschuldigt.

Der Bürgermeister stellte Strafantrag gegen Angehörige des BGS.

Zu den letzten Bildern: Als ich sie aufnahm, hatte ich innen am Zaun immer BGS-Begleitung. Zwei Mann, die sich anstrengten, mir vor die Linse zu laufen. Die DDR hat in solchen Fällen Sichtblenden gebaut.

Kinderlosigkeit – Psychische Verelendug

Polemik um einen Artikel aus dem „Frankfurter Frauenblatt" vom Oktober 1979.



Anschrift: Neuhofstr. 39, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/705772 (Druckladen)

"In unserem Land gibt es zwei leicht unterscheidbare Klassen: die Leute mit Kindern und die Kinderlosen. Die einen haben mehr Arbeit, die andern haben mehr Geld. Wenn wundert's, daß immer mehr junge Leute keine Kinder kriegen wollen?" (Elisabeth Dessai "Auf dem Weg in die kinderlose Gesellschaft", Rowohlt 1979)

Die seit Jahren vieldiskutierte Frage des Geburtenrückgangs in der BRD ist momentan wieder hochaktuell. Bund und Länder investieren Millionenbeträge, um den "Gebärstreik" der Frauen aufzuheben. Das geschieht in Form von "Karnikelgeld" beim "Modell Erziehungsgeld" in Niedersachsen und in der Verlängerung des Mutterschutzurlaubes auf sechs Monate, der den Frauen nun vollends garantiert, sich zeitlebens um Kind und Küche zu kümmern, denn jeder Arbeitgeber wird sich hüten, in Zeiten der Arbeitslosigkeit Frauen im gebärfähigen Alter einzustellen.

Welche guten Gründe halten frau von der Mutterschaft zurück? Und welche Gründe bewegen sie zu dem "Größenwahn", heute dennoch Kinder aufziehen zu wollen?

Die erste Frage wurde von wissenschaftlicher Seite bisher vielseitig beantwortet: "Streben nach materiellen Vorteilen, Konsumsucht, weibliche Emanzipationswünsche" sagen die einen (Männer! FR vom 3.4.79), als "Unabhängigkeit von leiblichen Erben" und einem folglichen "Desinteresse an Kinderaufzucht" aufgrund der "zunehmenden Verallgemeinerung der Lohnabhängigkeit" interpretieren es die Bremer Vulgärmarxisten Gunnar Heinsohn und Rolf Knieper. ("Theorie des Familienrechts", Suhrkamp 1974). Demnach sind alle Frauen entweder egoistisch oder debil, wenn sie – entgegen den Bewegungsgesetzen des Kapitals – sich weiterhin mit der Doppel- und Dreifachbelastung herumschlagen.

Ist es Begriffslosigkeit und Ideologie, Penisneid und weibliche Potenz, wenn Frauen heute noch Kinder wollen und sie gegen alle "Vernunft" zu sozialen Wesen heranziehen?

I. Die Tendenz zur Kinderlosigkeit ist der subjektive Ausdruck tiefer Resignation über die zerstückelten, beliebig und austauschbar gewordenen zwischenmenschlichen Beziehungen.

Diese Resigantion ist die Folge einer tiefgreifenden Erschütterung alter Wert- und Beziehungsmuster und des Verlustes von Zusammengehörigkeitsgefühl in Familie, Nachbarschaft, Religion aufgrund der "technologischen Revolution" der letzten dreißig Jahre.

II. Kinderlosigkeit ist somit der systemimmanente Ausdruck **psychischer Verelendung** der Menschen in den modernen Industriegesellschaften, in denen die Investierung in die "Hauptproduktivkraft Mensch" (noch!) nicht als rentabel erkannt wird.

Diese psychische Verelendung beinhaltet das Leiden an der Sinnlosigkeit und Beliebigkeit eigener Existenz und seiner vermeintlichen Unveränderbarkeit und Ohnmacht gegenüber gesellschaftlicher Macht und Überfluß. Sie äussert sich in verschiedensten Formen (psychosomatische und Sucht-Erkrankungen, Arbeits- und Beziehungsstörungen), die zunehmende Handlungsunfähigkeit erzeugen. Eine dieser Formen ist die Kinderlosigkeit als Verzicht auf eine entscheidende Möglichkeit zwischenmenschlicher Beziehung und Angewiesenheit.

III. Kinderlosigkeit schließt eine "Selbstverwirklichung", als deren Argument sie schließlich benutzt wird, insofern aus, als sie für Frau **und** Mann das Gefühl des gegenwärtig und zukünftig Nicht-Gebrauchtwerdens vertieft statt kompensiert. Da es kein "Selbst" ohne den "Andern" gibt, ist eine "Selbstrealisierung" ohne "Bezogensein" (Sperber) auf andere unmöglich.

IV. Aufgrund der Entfaltetheit der Produktivkräfte ist die gleichzeitige Berufstätigkeit und Kinderaufzucht für Frau und Mann historisch möglich geworden; es geht nun darum, sie **wirklich** werden zu lassen. Dies ist nicht möglich durch neue **Mutter**schutzgesetze und neue Methoden zur Entlastung der **Mütter**, die die prinzipielle Arbeitsteilung der Geschlechter erneut manifestieren würden, sondern die psychische Entfaltung der Produktivkraft Mensch ist nur möglich, wenn **beide** Eltern "geschützt" und ent-

lastet werden, ohne die Kleinstkinder in bürokratisierte Institutionen a la DDR zu entlassen.

VI. Die Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit pro Arbeitendem, ob in Produktion, Dienstleistung oder Erziehung, muß so beschaffen sein, daß Frauen und Männer, Junge und Alter für die Zeit, die sie der Erziehung im weitesten Sinne des Wortes widmen, materiell abgesichert werden.

Wie das konkret, ohne leidige Diskussionen um Lohn für die Hausarbeit, Beruf oder Mutter, in Einbeziehung der Männer aussehen kann, steht in oben zitiertem Buch von Elisabeth Dessai, deren Thesen ich in diesem Zusammenhang für dringend zu diskutieren und **durchzusetzen** halte.

KINDERKRIEGEN: DER ALLERNEUESTE SCHREI AUF DEM THERAPIEMARKT!



Vor 10 Jahren, in der Studentenrevolte, hieß es: Kinderkriegen ist unpolitisch, hält von der politischen Arbeit ab.

Heute heißt es: Kinderlosigkeit ist eine Form psychischer Verelendung; sie „schließt eine 'Selbstverwirklichung', als deren Argument sie schließlich benutzt wird, insofern aus, als sie für Frau und Mann das Gefühl des gegenwärtig und zukünftig Nicht-Gebrauchtwerdens vertieft, statt kompensiert" (!).
Beide Positionen — verallgemeinert und als Dogma verstanden — sind absurd. Polemisieren aber läßt sich trefflich damit. Und debattieren auch — was hiermit versucht sein soll.

Mich — von Beruf Journalist und seit einem halben Jahr im Nebenberuf bezahlter Betreuer von zwei Babies im Alter von gut einem Jahr — interessiert die These von der psychischen Verelendung. Was treibt eine anonyme Autorin dazu, dermaßen loszuschlagen? Warum bemüht sie gerade die „Bremer Vulgärmarxisten Heinsohn und Knieper", nach denen Frauen, die heute noch Kinder wollen, „entweder egoistisch oder debil" sind, sozusagen als Sprungbrett für ihren Rundumschlag? Zwei Returns von meiner Seite (ich will kein Kind und bin dabei, mich dennoch selbstzuverwirklichen).

1. Es ist gefährlich, Leute (ob Mann, ob Frau), die sich gegen ein Kind entscheiden, zu pathologisieren, für verelendet im psychischen Sinne zu bezeichnen. Das fällt so leicht auf die Autorin selbst zurück.
Ich nutze meinen Beruf und, gleichwertig, meine Beziehung zu meiner Freundin (und auch anderen Leuten) aus, mich selbstzuverwirklichen. Meinen Nebenberuf auch. Ich arbeite sowohl in der alternativen wie in der etablierten Welt. Ich komme deshalb nicht auf die Idee, daraus eine Maxime zu machen.
Ich frage mich allerdings, warum das Kinderkriegen in unseren Kreisen in jüngster Zeit allenthalben so überhöht wird, stellenweise als höchster Daseinswert gefeiert wird. Ist das der Ausgleich für das Alles-ist-Scheiße-Gefühl? Oder in den Worten der Autorin: für „das Gefühl des gegenwärtig und zukünftig Nicht-Gebrauchtwerdens"?
Mir tun die Kinder leid - welche Öde die besiedeln sollen!
Zu was die benutzt werden, wenns um den Kampf gegen psychische Verelendung geht.

2. Die Autorin schreibt von der „Sinnlosigkeit und Beliebigkeit eigener Existenz" und behauptet, die rühre aus Kinderlosigkeit. Von den „modernen Industriegesellschaften" redet sie im Satz vorher.
Solang die eigenen Wünsche und Bedürfnisse - die 1. Person - ausgeblendet bleiben, ist das verlogen. Wenn erst mit dem eigenen Kind auch das Gefühl von Gebrauchtwerden "gegenwärtig und zukünftig" in die eigene Welt kommt, und wenn Gebrauchtwerden für Kontinuität und feste Beziehung und auch Besitz zum/am Kind steht, dann muss das dazugesagt werden. Sonst gerät die Polemik gegen Kinderlosigkeit ganz einfach zu einem Plädoyer für Kinderkriegen als Therapieform gegen „psychosomatische und Suchterkrankungen, Arbeits- und Beziehungsstörungen" (Originalton).

Hannes



Berlin
16. Oktober

Berliner Rechtsanwältinnen haben die Berliner Universitätsfrauenklinik Pulsstraße verklagt, weil sie bei Schwangerschaftsabbrüchen ein noch nicht ausgestestetes Medikament verwendet. In einer Presseerklärung der Anwältinnen heißt es:

Auf Grund von Verträgen der Schering AG und Ärzten der öffentlichen Krankenhäuser wird die überwiegende Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche in den öffentlichen Krankenhäusern unter Anwendung von Prostaglandine vorgenommen. Dieses Mittel wird an den Frauen ausprobiert und sie werden gezwungen, Einwilligungserklärungen für die Prostaglandine zu unterschreiben, ohne daß sie über die Folgen und Nebenwirkungen aufgeklärt werden. In den meisten städtischen Krankenhäusern werden Betten für Schwangerschaftsabbrüche nur dann zur Verfügung gestellt, wenn die Frauen ausdrücklich schriftlich in die Behandlung mit Prostaglandinen eingewilligt haben, ansonsten werden sie abgewiesen.

Durch eine Anfrage beim Bundesgesundheitsamt haben wir erfahren, daß das in der Frauenuniversitätsklinik Pulsstraße angewandte Prostaglandin „Sulproston" als Arzneimittel weder registriert noch zugelassen ist. Es befindet sich also noch in der klinischen Prüfung. Den Ärzten dieser Klinik ist bekannt, daß die Nebenwirkungen des Prostaglandins „Sulproston" äußerst vielfältig sind, da sie auf sehr viele Organsysteme des menschlichen Körpers wirken. Es können Übelkeit, Erbrechen, Durchfall, Hitzewellen, Schüttelfrost, Kopfschmerzen, Schwindelgefühle, erhöhte Temperaturen, Atemnot und Kreislaufkollaps eintreten. Darüber haben Ärzte der Pulsklinik (Universitätsfrauenklinik in Berlin) auf dem Gynäkologenkongreß im Herbst 1978 als Ergebnis von Schwangerschaftsabbrüchen an über 500 Frauen mit dem Mittel „Sulproston" berichtet.

Trotzdem werden die Frauen über diese Nebenfolgen nicht aufgeklärt und auch nicht darüber, daß sich „Sulproston" noch in der klinischen Prüfung befindet.

Wir haben deshalb gegen drei Ärzte der Universitätsfrauenklinik Pulsstraße eine Strafanzeige wegen des Verdachts des Verstoßes gegen §§ 40, 96 Nr. 10 Arzneimittelgesetz erstattet. Danach macht sich strafbar, wer die klinische Prüfung eines Arzneimittels durchführt, ohne daß der Patient, bei dem die klinische Prüfung vorgenommen werden soll, seine Einwilligung erteilt hat, - nachdem er durch einen Arzt über Wesen, Bedeutung und Tragweite der klinischen Prüfung aufgeklärt worden ist.

In der Universitätsklinik Pulsstraße werden lediglich Vordrucke als Einwilligungserklärungen vorgelegt, mit dem Inhalt, daß der Anwendung von Prostaglandinen zugestimmt wird. Daß es sich dabei um ein Mittel im medizinischen Versuch handelt, ist dort nicht erwähnt und wird den Frauen auch nicht mündlich mitgeteilt.

Wegen der bei einer unserer Mandantinnen nach der Anwendung von „Sulproston" aufgetretenen unerträglichen Schmerzen, die auch nach der Verabreichung schmerzstillender Medikamente - nicht gelindert werden konnten, haben wir die Universitätsfrauenklinik zur Zahlung von Schmerzensgeld in einer von dem Gericht zu bestimmenden Höhe verklagt.

Wir fordern alle städtischen Krankenhäuser auf, ab sofort keine Schwangerschaftsabbrüche mehr mit Prostaglandinen vorzunehmen."

Rechtsanwältinnen Goy, Lohstöter, Dreher
Kottbusser Damm 72
1000 Berlin 61
Tel. 030/6934217

KINDER & PÄDOPHILE

WEG MIT DEM SCHUTZALTER!

Nürnberg 20. Oktober *Von der Indianerkommune in Nürnberg geht eine Initiative aus, die die Abschaffung bzw. Herabsetzung des sogenannten Schutzalters für sexuelle Beziehungen zum Ziel hat. In der BRD sind sexuelle Beziehungen zu Mädchen unter sechzehn Jahren und zu Jungen unter achtzehn Jahren (!) verboten . Zum Vergleich: In Holland gelten für beide Geschlechter 16 Jahre, in Dänemark 15 Jahre und in Japan 12 Jahre. Die Initiative fordert „Keine Bestrafung für sexuelle Beziehungen (Zärtlichkeiten/Liebe) unter Jugendlichen und unter Kindern!" und „Keine Bestrafung für sexuelle Beziehungen, wenn ein Partner über und einer unter achtzehn ist! Dies soll für alle Beziehungen gelten, die auf Gewaltfreiheit und freier Vereinbarung beruhen."*
Zur Begründung schreiben die Indianerkommunarden:

Das „Schutzalter" ist eine zentrale, völlig veraltete gesetzliche Bestimmung, welche u.a. eine unmenschliche Trennung zwischen Erwachsenen und Kindern festlegt. So wird z.B. „Erwachsenen" bei jahrelanger Gefängnisstrafe verboten, zärtliche (!) sexuelle Beziehungen zu Kindern und Jugendlichen aufzunehmen. Hunderte von Menschen, denen ein abweichendes Verhalten eingeredet wird, operiert man deshalb pro Jahr am Gehirn.

Wir kennen keine Kinder, die nicht nach sexueller körperlicher Freude und Lust hungern und schreien. Dieses Verbot stellt für die Betroffenen eine der brutalsten Menschenrechtsverletzungen dar. Gerade diese verbotenen Beziehungen sind es, welche Kinder und uns in die „Kriminalität" zu Gewalthandlungen, in die Angst, zum Schreien, zur Unmündigkeit oder in den Selbstmord treiben. Für uns bedeutet das, daß wir im Heim, im Gefängnis oder im Irrenhaus sitzen, sobald wir leben wollen. Sexuelle Brutalitäten und Gewalt sind eine Folge dieser Verbote und Unterdrükkung.

Die Senkung des Schutzalters in anderen Ländern hat einen schwunghaften Rückgang z.B. der Gewaltkriminalität und Prostitution zur Folge gehabt (siehe Speyer-Report). Trotzdem wird die Bevölkerung mit Phantasiezahlen von schlimmsten Sittlichkeitsdelikten hysterisch gemacht.

Es gibt zahlreiche höchst aufschlußreiche Aufschlüsselungen von Sexualstrafstatistiken, die fast ausschließlich harmlose Delikte umfassen - ohne Nötigung und Gewalt, zwischen 90 und 96 % der Fälle werden unter " Sonstigem" registriert. Die restlichen Prozente werden dann zu zig-Tausenden von Fällen aufgebauscht und als Vorurteile einer aufgebrachten Öffentlichkeit präsentiert.

Ein Beispiel aus Bayern 1975:
1 Kind wurde ermordet, 39 Kinder wurden „vergewaltigt", 26 zu vergewaltigen versucht, 57 zur „Duldung sexueller Handlungen" genötigt oder zu nötigen versucht, 181 zu „mißbrauchen" versucht und 2.626 „auf andere Weise sexuell mißbraucht".

Wer kann erklären, was eine Verführung wirklich ist? Sind nicht unsere starre Konsumwelt, unser Schulzwang, die Moral unserer Erzieher eine brutale Verführung?

Aus diesen Gründen können wir die meisten der vorgestellten Projekte und den DJHT, die von „Erwachsenen" gemacht werden, nicht akzeptieren: Sie werden als „pädagogisch wichtig", „hilfegebend", aber auch als „alternativ", als im Interesse der Kinder, sogar als „selbstverwaltet" hingestellt. Das ist eine gemeine Lüge, ein Betrug, eine Heuchelei, vor allem gegenüber Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren."

Unterschriftenlisten bei der Kontaktadresse: C. Carl, Postf. 180361, 8500 Nürnberg 18, Tel. 0911/266786

Krefeld - Rechtshilfefond für Pädophile

Die Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophile (Postfach 3236, 4150 Krefeld) teilt zur Gründung eines Rechtshilfefonds mit:

Jährlich werden mehr als 2000 Menschen aufgrund der §§ 174-176 StGB verurteilt. Diese §§ stellen - ohne daß das Gericht einen Schadensnachweis führen muß - alle zärtlichen und liebevollen Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen, die die sexuelle Seite mit einschließen, unter irrsinnige Strafen (bis zu 10 J. Gefängnis). Diese §§ sind längst überholt - körperliche und seelische Gewalt und die Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen sind durch andre §§ abgedeckt.

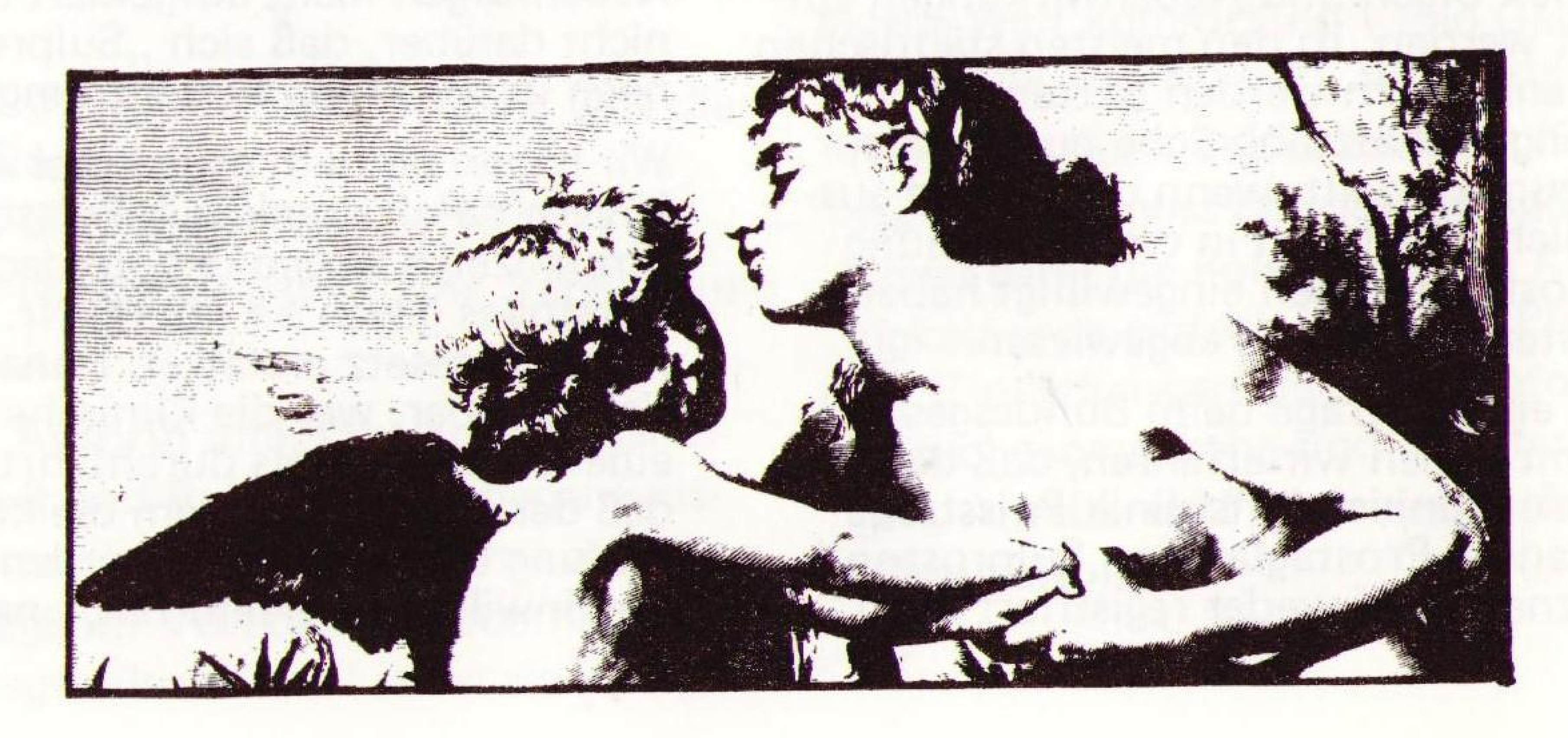
So werden Menschen zu oft jahrelangen Haftstrafen verurteilt, die absolut gewaltfreie, auf Freiwilligkeit, Vertrauen und Liebe basierende Beziehungen zu Kindern unterhalten. Die Kinder werden rücksichtslos verhört, die Beziehungen zerstört.

Menschen, die Kinder lieben -sog. 'Pädophile'- werden in der Öffentlichkeit als gefährliche Triebverbrecher hingestellt; alles, was nicht der normierten Erwachsenenheterosexualität entspricht, wird als krankhaft bezeichnet. Pädophile müssen - wenn sie dem Knast entgehen wollen - chemische Kastration, Gehirnschnippeleien (stereotaktische Operationen) oder psychiatrische „Behandlung" über sich ergehen lassen. Aber: Kinder haben sexuelle Gefühle und Bedürfnisse, viele von ihnen sehen sich nach liebevollen Freundschaften mit Älteren. Zärtliche Empfindungen für Kinder sind natürlich, wertvoll und ungefährlich, doch zu viele Erwachsene verleugnen ihre positiven Gefühle. Liebe kennt keine Altersgrenzen!

Im Jahr des Kindes hat ein Gericht entschieden, daß Schüler geohrfeigt werden dürfen; Gewalt in Film und Fernsehen dürfen Kinder konsumieren, aber Zärtlichkeit wird - unter Mißachtung erziehungs-, sexual- und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse - hart bestraft. Wenn Eltern ihr Erziehungsrecht mißbrauchen und Kinder mißhandeln, dürfen sie allemal auf die Milde des Gerichts hoffen - wer aber Kinder nicht als Objekte, sondern als Partner ansieht und ihr Recht auf Verständnis und Zärtlichkeit befriedigt, bekommt die emotionale Kälte unseres kinderfeindlichen Staates und die unnachsichtige Vergeltungssucht der bundesdeutschen Justiz zu spüren (Beispiel: Peter H. - ein zärtlicher Körperkontakt mit einem 6jährigen Mädchen - 2 Jahre 3 Monate ohne Bewährung).

Die DSAP setzt sich für die Entkriminalisierung zärtlicher, freiwilliger, gewaltfreier Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen ein. Wer Liebe verbietet, verletzt die Menschenwürde! So lange die §§ 174-176 existieren, wird es Opfer geben, die wegen ihrer Liebe im Knast sitzen, ihren Arbeitsplatz verlieren, in psychische und soziale Not geraten. Wir brauchen Geld, um diesen Menschen helfen zu können.

Spenden an: DSAP-Sonderkonto,
Stichwort:"Rechtshilfe"
Kto. 6500 3808
Sparkasse Krefeld
BLZ 320 500 00



Düsseldorf – Treffen der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie

Die Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP) veranstaltet vom 9. bis 11. November ein überregionales Treffen und schreibt dazu:

Unser überregionales Treffen wird diesmal in einem etwas anderen Rahmen stattfinden als üblich. Wir bemühen uns momentan darum, ein Haus zu finden, in dem wir nicht nur gemeinsam tagen sondern auch gemeinsam übernachten können. Wir wollen damit endlich weg von der Gasthausathmosphäre, die sich besonders beim letzten Treffen im Haus Blumenthal in Krefeld als sehr störend gezeigt hat. Bisher ist es uns aber noch nicht gelungen, ein derartiges Haus zu finden. Wir sind aber zuversichtlich, in den nächsten Tagen etwas zu finden. Aus diesem Grunde sind die anstehenden Kosten noch nicht überschaubar. Wir erheben daher vorläufig nur eine Anmeldegebühr von DM 10,–, die nachher mit den tatsächlich entstandenen Kosten verrechnet wird. Um die tatsächliche Gebühr berechnen zu können, brauchen wir aber auch die Anzahl der Teilnehmer, deshalb bitten wir darum sich schon jetzt verbindlich anzumelden.

Den Leuten, die sich anmelden, gehen in den nächsten Wochen rechtzeitig die Tagungsunterlagen zu, in denen auch der endgültige Tagungsort genannt wird (Entweder Moers oder Krefeld, jedenfalls aber am Niederrhein) Also - Anmeldung sofort absenden, damit wir einen Überblick auf die voraussichtliche Teilnehmerzahl bekommen.

Kontakt: DSAP, Postfach 3236,
4150 Krefeld

Nürnberg – Treffen aller Aktiven der Kinderbefreiung und Schülerbefreiung

Die Indianerkommune aus Nürnberg veranstaltet zwei Treffen mit Kindern und Schülern und anderen Jugendlichen aus der BRD und läd alle ein, „denen die dauernde Bevormündung durch Elternhäuser, Schulen usw. stinkt." Sie schreibt weiter:

wir lehnen es auch ab, dass sozialarbeiter unsere wünsche für uns formulieren. Wer vorhat, wie wir, niemals „erwachsen" zu werden, wer den aktiven boykott des konsumwahnsinns sucht, wer sich nach der befreiung von der genormten, brutalen erwachsenensexualität sehnt, die/der mag unbedingt kommen. WIR WOLLEN RAUS AUS UNSERER TOTALEN ENTMÜNDIGUNG,ANGST UND EINSAMKEIT! vielleicht kenn jemand mädchen oder jungen, die bereit sind, schuftereien und rückschläge in kauf zu nehmen, kommunen (zb mit fahrradwerkstätten) aufzubauen. sagts bitte weiter, kommt mit vielen und mit schlafsäcken

termine: 26.10. - 4.11.79/ 28.12. - 6.1.80

Indianerkommune, Mittlere Kanalstr. 34
8500 Nürnberg, Tel.: 0911/26 67 86



eigentlich heißt er michael, aber in Tirol, wo er herkommt, heißen alle Michaels „Much". deshalb heißt das buch, das er gemacht hat auch „das much-buch". Das much-buch, aus dem obige zeichnung stammt, kann gegen 10 mark vorauskasse bei der AKS (Arbeitsgemeinschaft Kritischer Sozialarbeiter) A 1170 Wien, Taubergasse 15/10 bestellt werden. (Kto. Nr. 622 156 008. Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.)

Rock gegen Strauß

Stuttgart
3. Oktober

Von der Stuttgarter Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts – stoppt Strauß" kam die Vorankündigung:

„Wir möchten (voraussichtlich Mai 1980) ein Rockfestival unter oben genanntem Motto durchführen, um mit kulturellen Mitteln gegen Strauß und die Rechtsentwicklung in unserer Gesellschaft anzugehen.

Kontakt: Jürgen Kluge, Topachstr. 36
7000 Stuttgart 40, Tel. 841419

DIE 'TERRORISTEN' SIND AN ALLEM SCHULD – ROMEROS SCHOCKER 'ZOMBIE'

Wie schaffe ich es, daß das Filmpublikum befriedigt mit dem Schützen mitfühlt, wenn Hunderte von Menschen in den Kopf geschossen, wenn Arme und Beine dutzendweise abgetrennt werden? Wie verbinde ich dies mit einem 'unerklärlichen' Übel' und der Sentenz, daß 'Terroristen' selbst nach ihrem Tod den Untergang der ganzen freien Welt bewirken können? Wie verschaffe ich dem Zuschauer ein Wonnegefühl, wenn fliehende langhaarige Motorradfreaks wie Schießbudenfiguren abgeknallt werden? Romero vereint all dies in seinem neusten Schocker 'Zombie', der mit dem Untertitel 'Wenn in der Hölle kein Platz mehr ist ,kehren die Toten auf die Erde zurück' versehen ist.Wie ein'bürgeliches Trauerspiel ' (vielleicht ist es das ja) gliedert sich der Film handlungsmäßig in fünf Akte.

1. Akt: Totales Tohuwabohu in einem Bereich, wo üblicherweise alles aufeinander abgestimmt ist. In einer amerikanischen Fernsehstation überschlagen sich die Ereignisse. Von außen wird niemand mehr hereingelassen. Vor den Kameras diskutieren zwei Experten, während die Techniker wild dazwischen schreien und die beiden mir Gegenständen bewerfen. *'Man müsse emotionslos handeln, d.h, das Gehirn vom Körper trennen, dann könne man der Situation Herr werden'.* Der Kinobesucher tappt noch im Halbdunkel.

2. Akt: Der Grund für dieses Durcheinander wird als Retrospektive nachgeliefert. Amerikanische Sondereinheiten im Stile von GSG 9 und MEKs stürmen ein von militanten Puerto Ricanern besetztes Haus. Statt sich nach großen Verlusten zu ergeben (*Das Haus ist umstellt, kommen Sie mit erhobenen Händen heraus!)*, versuchen die 'Terroristen' einen Ausfall. Dabei werden sie niedergemetzelt: Kopf ab, Kugel zwischen die Augen, Salve in den Bauch. Aber das Unheil kann trotzdem seinen Lauf nehmen. Selbst tote 'Terroristen' sind noch Bestien. Ein überlebender einbeiniger Priester aus der Karibik klärt die Sondereinheiten darüber auf, daß man die während der Belagerung von der Polizei getöteten 'Terroristen' behandelt habe, so daß sie weiterleben könnten, also nicht in die Hölle müßten. Später fällt der Name Wodooh-Kult und dem Zuschauer wird klar, was diese 'Zombies' als Ziel verfolgen. Sie bewegen sich mit bleichen leeren Ge-



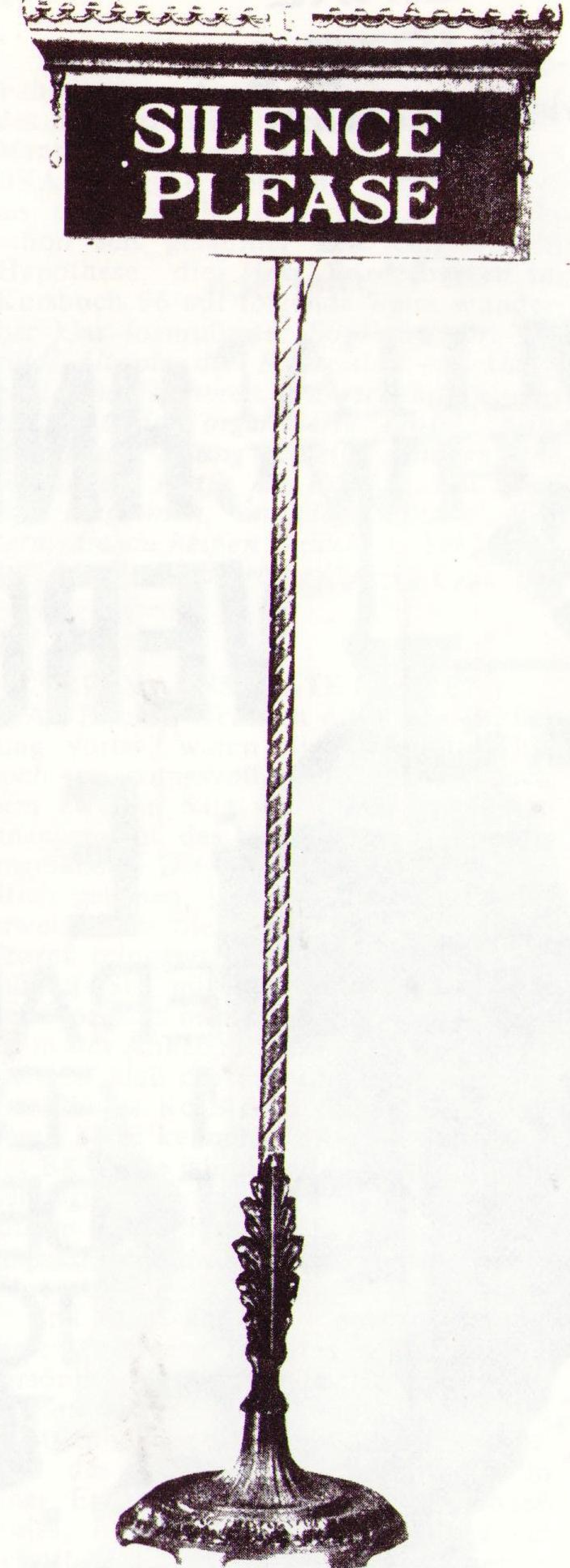
sichtern wie Schlafwandler vorwärts, nur von dem einen Wunsch nach frischem Menschenfleisch beseelt. Wen sie anfallen, der wird entweder als Nahrung in alle Stücke zerrissen (der Film zeigt's) oder wird selbst ein Zombie und geistern wandlnd über die Leinwand.
Zwei beherzte Sonderbeamte (ein Weißer und ein Schwarzer) tun ihre 'pflicht'. Sie schießen allen Zombies, die sie im Keller antreffen, die Köpfe ab. Blut spritzt, Körperteile werden vom Leib getrennt. Die Hemmungen , die sie bei dieser Massentötung noch zeigen, verlieren sich im Laufe dieser Aktion (die Kamera belegt das durch den sich langsam entspannenden Gesichtsausdruck der Polizisten während des Schießens).
Aber zu spät, einige Zombies konnten entwischen und über die ganzen USA verbreitet sich diese 'Brut' , die man *'nicht mehr als Menschen bezeichnen kann'* (eingeblendeter Fernsehspot). Die Versuche von Armee, Polizeieinheiten und beherzten Zivilamerikanern bleiben Stückwerk. Nach und nach vernichten die Zombies fast die gesamte Bevölkerung..

3. Akt: Vier Leute wollen sich nicht mit ihrem Schicksal abfinden: eine im 2. Monat schwangere Fernsehtechnikerin, ein Verkehrsfunkhubschrauberpilot und die beiden couragierten Sonderbeamten. Sie versuchen sich nach Kanada abzusetzen, aber überall, wo sie mit ihrem Hubschrauber zwischenlanden, torkeln ihnen die menschenfressenden, schlafwandlergleichen Zombies entgegen.
Durch reaktionsschnelles Abknallen werden sie mit diesen vereinzelten Gegnern fertig. An einigen Orten können sie noch Menschengruppen ausmachen, die sich ebenfalls des Ansturms erwehren. Von Treibstoffporblemen geplagt, landen sie auf dem Dach eines riesigen Supermarktes von den Toren einer Stadt.

4. Akt: Idylle. Nachdem ihnen klargeworden ist, daß zumindest der ganze nordamerikanische Kontinent von den Bestien erobert worden ist, wollen sie es sich im Kaufhaus bequem machen. Die im Gebäude herumirrenden Zombies werden alle liquidiert (zum Glück finden die Vier ein bestausgerüstetes Waffengeschäft vor). Auf Transportkarren, sie erinnern an die Loren in KZs, schichten die Männer die zerschossenen Leiber aufeinander und fahren sie in Kühlräume. Der weiße Sonderbeamte (im blauen Kämpferdress) wird leider bei einer unüberlegten Attacke von den Zombies 'angebissen' und stirbt im Laufe dieses Aktes. Da er aber durch seinen Tod selbst zum Zombie wird, muß auch er per Kopfschuß liquidiert werden.
In dem menschenleeren, mit Waren vollgestopften Konsumtempel decken sie sich mit allem Notwendigen ein, um sich in einer abgelegenen Ecke mit allen Acessoires bürgerlicher Gemütlichkeit einzurichten.

5. Akt: Doch diese Beschaulichkeit wird unterbrochen und jäh zerstört. Probeflüge mit dem Helikopter (die Schwangere lernt fliegen) locken eine Motorradbande von langhaarigen Menschen an, die marodierend durch die Lande zieht. Sie dringen ins Kaufhaus ein und machen sich allein durch ihr 'Kauf'-verhalten zum Gespött: sie grabschen nach allem, egal ob es für ihr weiteres Überleben wichtig ist.
In einem Zweifrontenkrieg zwischen unseren jetzt nur noch drei Helden und den Zombies werden sie nahezu aufgerieben, wenige können fliehen. Der Hubschrauberpilot fällt in die Hände der Zombies, wird dadurch selbst einer und dringt torkelnd in das Refugium ein. Auch ihm muß der Kopf zerschossen werden. Die Frau flüchtet zum Hubschrauber, der schwarze Sonderbeamte ist am Ende seiner physischen Belastbarkeit, er will sich seinem Schicksal ergeben. Doch als die Zombies ihn umringen und schon nach ihm schnappen, flieht auch er auf's Dach und zur Schwangeren in den Hubschrauber.
Gemeinsam heben sie vor einem blauen Himmel ab, auf der Suche nach einem Ort, wo es noch keine Zombies gibt.
Urteil: Der Film ist absolute Demagogie, eine Schlächterorgie und eigentlich niemanden zu empfehlen.
Besuch: 'Zombie' läuft seit Wochen mit großem Erfolg überall in der BRD (in der Universitätsstadt Marburg z.B. 4 Wochen).

Frank Schwalba-Hoth



"... DANN BLEIBEN SIE DOCH IN FRANKFURT – UND STUDIEREN SIE!"

So ähnlich antworteten Sie uns, Herr Vorsitzender Richter, als wir uns über den abrupten Abbruch des letzten Verhandlungstages (26.10.) beschwerten, nachdem Sie schon am Vormittag nach 45 Minuten die Verhandlung für 4 Stunden unterbrochen hatten.

Wir STUDIEREN!, Herr Richter, keine Sorge. Da Sie das aber nicht so ohne weiteres verstehen und Sie im Gerichtssaal mit uns nicht reden wollen, wollen wir ihnen auf diesem Weg etwas über uns und unsere Erfahrungen in Ihrem Gerichtssaal mitteilen. Zunächst zu uns und unserer Scene (eigentlich geht Sie das ja nichts an):

"Ich bin klein, mein Herz ist rein, ich will nie mehr politisch sein", ist kurz zusammengefaßt die neue Kursrichtung, die unsere weisen Gurus neulich in einem Gespräch, im Kursbuch 57 veröffentlicht, festlegten. Das war innerhalb der Linken eine kleine Sensation. Für die Geschichte, in die Sie mit diesem Prozeß verwickelt sind, hatte das u.a. folgende Konsequenz: Jemand der den Neuen Kurs noch nicht kannte, kam mit einem Plakat, das auf diesen Prozeß hinwies, in das allseits bekannte STRANDCAFE und wollte es dort aufhängen, als ihn ein besser Informierter anfuhr: "Ich denk', wir machen keine Politik mehr". Derart überzeugend aufgeklärt, ließ der Überbringer das Plakat sofort fallen und trampelte wutentbrannt darauf herum. Ein anderer erinnerte sich des wütenden Plakatkrieges mit dem KBW in früheren Zeiten und überklebte militant alle Prozeßplakate an der UNI mit einem Plakat der berühmten BATSCHKAPP. Und so witterten die JUSOS an der Frankfurter Universität Morgenluft, hofften, daß die Spontis nun auf den ASTA verzichteten, und fragten bei der Studentenparlamentssitzung, die den neuen ASTA wählen sollte, erwartungsvoll nach dem Programm der SHI (Sozialistische Hochschulinitiative) für den künftigen ASTA. Aber, wie Sie auch, Herr Richter, werden die Jusos wohl nie schlau aus den Spontis. Sie fielen aus allen Wolken, als ein SHI-ler die neue Weisung der alten Gurus geschickt mit der alten strategischen Leitlinie der Spontis und das Programm der SHI kurz und bündig auf die Formel brachte: "WIR WOLLEN ALLES UND WIR MACHEN WAS WIR WOLLEN".

Was hat das mit diesem Prozeß zu tun, werden Sie fragen. Nun, auf's Studium bezogen, das Sie uns so warm empfohlen lautet die Parole konkretisiert: "WIR STUDIEREN WAS WIR WOLLEN UND WO WIR WOLLEN!", d.h. zur Zeit in Karlsruhe bei Ihnen. Und jetzt verstehen Sie vielleicht auch unsere Empörung über den vorzeitigen Abbruch der Vorlesung - sozusagen. Denn wir sind, wie sich's heutzutage wieder gehört, fleißige Studenten und es macht uns rasend, wenn wir beim Lernen gehindert wrden. Wir haben bei Ihnen schon einiges gelernt, auch wenn Sie viele Fragen bisher offengelassen haben. Wir wollen davon mal kurz was erzählen:

DAS BKA EINE UNEINNEHMBARE FESTUNG?

Bisher hat man uns von allen Seiten versucht klarzumachen, das BKA sei unschlagbar, unverwundbar, perfekt, unfehlbar, Supercomputer, der Sitz der bösen Kaunterinsörtschensie, total ausgeklügelt, eben super in jeder Beziehung. Sie haben uns dankenswerterweise die Möglichkeit gegeben, dieses Phantom ein bißchen realer zu studieren, und wir können als vorläufiges Ergebnis unserer Anschauungen sagen: wenn das BKA jemals so super gewesen sein soll, für uns bröckelt diese Festung, nachdem wir einige seiner Vertreter vorgeführt bekamen.

Wir wollen dabei gar nicht näher unsere Eindrücke über die Crew des BKA widergeben, die Sie uns am 10. und 11. Oktober vorstellten, den Herrn, der seine Telephonnummer aus dem Telephonbuch streichen ließ und in Hamburg bei der "Gruppe" "4.2." ein Notizbuch sichergestellt haben wollte, aus dem die Verbindung der "Gruppe" zu Brigitte Heinrich zu ersehen wäre, und dem bei der Präsentation Teile des Verzeichnisses der sichergestellten Gegenstände und die nötigen Unterschriften fehlten, oder die Sachverständige in Graphologie, die nicht mehr wußte, aufgrund welcher Unterlagen sie ihre Gutachten hergestellt hatte und, um das zu rekonstruieren, ihre Unterlagen rechts und links vom Zeugenstuhl auf dem Fußboden verstreute, was für eine Schlamperei, es war Ihnen gewiß auch peinlich, und dann dieses ständige "ich weiß nicht mehr, da müßte ich in den Akten nachsehen", auch der anderen Herren.

Deswegen waren Sie wohl froh, als Sie am 25.10. den wichtigsten Zeugen des BKA vor sich hatten: den Mann, der seit acht Jahren Brigitte mit Zielfahndung verfolgt, sozusagen ein Top-Mann des BKA in Sachen Anti-Terrorismus. Und der legte dann auch los. Mit emotionslosem Gesichtsausdruck schilderte er ausführlich die Festnahme von Brigitte, die Hausdurchsuchung, berichtete über die sichergestellten Gegenstände, die "Vernehmungsversuche" in der Haft, seine häufigen Reisen in Wintersportorte und Grenzbereiche. Er plauderte über seinen ergiebigen Informationsaustausch mit einem Dr. Russomano (Dr. Russenhand!) aus dem italienischen Innenministerium, über die in Brigittes Notizbuch notierten Personen. Der Hauspsychologe des BKA, zur psychologischen Aufrüstung der Zeugen immer zugegen, strahlte und Ihr "Ja" – tiefguttural ausgesprochen – nach jedem Absatz des Zeugen wurde immer bestätigender und befriedigter, wir hatten manchmal den Eindruck, es handele sich zwischen Ihnen beiden um das Verhältnis eines Lehrers, der seinen Musterschüler durchs Abitur bringen will, halb stolz auf ihn und doch nicht ganz sicher, ob's ne Eins wird, deshalb wohl auch immer dieser ermunternde Unterton in Ihrem "Ja"; und wir – wir waren fast versucht diesem Mann den Namen "Computerle" zu geben, allerdings mit der Einschränkung "Kurzzeitgedächtnis", was sich dann auch bestätigen sollte, als die Verteidigung zu den einzelnen Punkten nachhakte.

Das muß für Sie eine große Enttäuschung gewesen sein, wo doch gerade an diesem Tag urplötzlich die Presse zahlreich erschienen war, die damit rechnete, wie wir entsprechende Äußerungen interpretieren konnte, daß diese Aussage der Angeklagten das Rückgrat brechen würde.

Man hatte erwartet, daß Brigitte Heinrich ein Teilgeständnis ablegen und sich gleichzeitig davon distanzieren würde. Sie hätten Milde walten lassen können und die jahrelange Verfolgung, Haft und Schikane wären doch noch irgendwie gerechtfertigt. Aber, Herr Richter, warum soll sich jemand von was distanzieren, zu dem er keine Nähe hatte? Für uns jedenfalls war die Erklärung, die die Angeklagte anschließend abgab, einleuchtend, klar und einfach. Aber einfach? werden Sie fragen, warum gibt's dann diesen riesigen Apparat BKANTITERRORISMUS?

Na ja, Herr Richter, soviel haben wir während unseres Studiums schon gelernt, daß eine Institution, wenn sie sich verselbständigt, immer neue Gründe für ihre notwendige Existenz vorbringen muß, um diese zu legitimieren, das Ergebnis ist dann immer ein BEKANNTER-TERRORISMUS. Gut, uns ist dieser Terrorismus schon lang BEKANNT, und Sie haben das nun von ihrem enttäuschenden Muster-

UNDOGMATISCHE LINKE

SHI LILI SB LISTE 1

Gemeinsam sind wir unausstehlich

UNDOGMATISCHE

SHI LILI SB

Gemeinsam sind wir un

FREIHEIT FÜR BRIGITTE

schüler vorgeführt bekommen: Auf Befragen der Anwälte konnte er sich nicht mehr an die "Tathandlung" erinnern, weswegen er Brigitte jahrelang verfolgte, über sie recherchiert hat und sie verhaftet hat. Er wußte nicht, was die Anklagepunkte in dem Prozeß waren, in dem er gerade aussagte, er hatte nicht gemerkt, daß er fast einen ganzen Nachmittag lang über eine Geschichte erzählte, die gar nicht Sache der Verhandlung ist, hatten Sie nicht auch das Gefühl, daß er nicht mal den Unterschied zwischen der Unterstützung und der Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" kennt?

'Is alles Terrorismus, muß Terrorismus sein, is doch mein Beruf das rauszukriegen, daß es Terrorismus ist, warum mach' ich denn sonst seit acht Jahren hinter der Frau her? muß der denken, denken wir uns. Und so wundert's uns gar nicht, daß die angebliche Tat, wegen der er Brigitte Heinrich verfolgt, für ihn gar nicht interessant ist, vielmehr alles, womit er sie zur Täterin machen kann. Wichtig ist für ihn alles, was sie zur Terroristin macht. Mit diesem Schema im Kopf wird dann aus ihrem verlorengemeldeten Paß, der bei der Durchsuchung in ihrer (!) Wohnung in einem Buch gefunden wird, ein vorsätzlich versteckter Paß. Für unseren Zielfahnder war sofort klar, daß Brigitte vielfältige Kontakte zu italienischen Terroristen hatte, das hatte er alles nach den Namen im Notizbuch recherchiert, ähm, sich von Dr. Russomano erzählen lassen, und was der sagte, mußte doch stimmen, es paßte ja auch so gut in die BKA-Vorstellungswelt. Es waren alles Terroristen, die Gebrüder Savia (im Zusammenhang mit dem später entlasteten Valpreda als "führende Köpfe" der Mailänder Individualisten verfolgt), der Rechtsanwalt Conesci, "bekannt als Terroristenverteidiger", Petra Krause, die vor einer Woche zum zweiten Mal von allen Vorwürfen freigesprochen wurde, was er noch nicht einmal wuße, Roberto Mander, der auf freiem Fuß lebt; in dem italienischen Bericht waren auch noch der deutsche Schriftsteller Chotjewitz aufgeführt, von dem er aber auf Befragen ebenso nichts mehr wußte bzw. den er nicht kannte, und Rossana Rossanda von "Il Manifesto", die auch in diesem Zusammenhang aufgeführt war. Das alles sollten also Terroristen sein. Oder die Geschichte mit den Verstecken der Schweizer "Zeugen" der Anklage "Bighorn eins" und "Bighorn zwei", aber lassen wir das.

Das war die Präsentation eines Top-Fahnders der Anti-Terrorismus-Abteilung des BKA. Herr Richter, für uns war dieser Mann – wie alle anderen Zeugen des BKA – nicht mehr und nicht weniger als eine exzellente Bestätigung unserer schon seit geraumer Zeit aufgestellten Hypothese, die Herr Enzensberger im Kursbuch 56 auf folgende Weise wunderbar klar formulierte: So *"wird Dr. Herolds Utopie der Repression ein klägliches Ende nehmen. Wahrscheinlich wird es nicht der organisierte Protest sein, der seine Festung schleift, sondern eine mächtigere Kraft, die Erosion, mit ihren vier langsamen, unwiderstehlichen Reitern, die da heißen Gelächter, Schlamperei, Zufall und Entropie."*

REBMANNS SPÄTE RACHE?

Als Brigitte Heinrich dann ihre Erkläß rung vorlas, waren Sie wohl zunächst noch erwartungsvoll, aber spätestens nach dem zweiten Satz war Ihnen das Ganze unangenehm, das haben wir Ihnen richtig angesehen: Die Angeklagte hat Sie im Stich gelassen, ja, die Zwickmühle noch erweitert, in die man Sie da mit diesem Prozeß reingesetzt hat: auf er einen Seite müssen Sie mit ansehen, wie während des Prozesses noch viel deutlicher wurde, als in der Anklageschrift und in Ihren Unterlagen, daß die Tatbeschuldigungen ein unhaltbares Konstrukt sind. Auf der anderen Seite kennen Sie die Erwartungen des BKA, die jahrelange Schikane von Ihnen legitimiert zu bekommen, die Erwartungen der Schweizer Behörde, daß die Angeklagte "ihrer gerechten Strafe zugeführt wird".

Und dann gibt es – spätestens nach dieser Erklärung Birgittes – ein gewisses persönliches Interesse des Herrn Generalbundesanwalts, auf dessen mißlich Rolle im Mannheimer Gefängnisskandal ein Mitglied des ehemaligen Gefangenenrats in einer Erklärung, die Brigitte im Prozeß vorlas, hinwies; darin erläuterte er ein Schriftstück, daß die Verfolgungsbehörden in Brigitte Heinrichs Wohnung gefunden und für äußerst konspirativ gahalten hatten.

WARUM SAGEN SIE DEN SCHWEIZER BEHÖRDEN NICHT, DASS SIE KEINE LUST MEHR HABEN, HERR RICHTER

Wir verstehen Ihre Wut – und auch, daß Sie auf Biegen und Brechen die Geschichte hinter sich kriegen wollen. Aber auf die Verlesung der Schweizer Vernehmungsprotokolle, die in erzwungener Abwesenheit der Angeklagten angefertigt wurden und deren Einführung in den Prozeß als Beweismittel alle in Betracht kommenden gültigen Rechte bis hin zur europäischen Menschenrechtskonvention brechen würde, haben Sie dann doch (zunächst?) verzichtet, obwohl Sie dies am vorhergehenden Verhandlungstag noch drohend angekündigt hatten. Naiv, wie wir einmal sind, machen wir einen Vorschlag: Sagen Sie den Schweizer Behörden, die doch der Veranlasser des Prozesses sind, entweder sie machen in der Schweiz eine beweiskräftige Vernehmung der Zeugen möglich, oder ich schmeiß euch den Kram hin, Sie sind doch ein unabhängiger deutscher Richter, oder? Oder idas ist natürlich auch eine Möglichkeit, Sie haben diesen Akt verschoben, weil aufmerksame Presse da war und wir "STUDENTEN dieses Prozesses" mittlerweile immer zahlreicher werden, an diesem Tag waren doch fast 40 Leute da. Deswegen sähen Sie uns wohl lieber in Frankfurt studieren als bei Ihnen. Aber wir müssen Ihnen ehrlich sagen, wir lernen bei Ihnen wirklich mehr als bei unseren Jura-, Geschichts-, Soziologie- oder Politikprofessoren. Das spricht sich mittlerweile herum, immer mehr wollen ein Auslandsstudium bei Ihnen in Karlsruhe aufnehmen (wir nehmen die Klagen der Politiker ernst über das Desinteresse der Studenten an Auslandsstudien).

Sie werden uns also nicht so schnell los, und wenn wir Sie richtig verstanden haben, hat Ihre Vorlesung in den nächsten Tage in etwa das Thema: "Mit Bodeux und Konsorten eine üppige Täterfigur aufbauen? – Oder: Brigitte muß die Mörderin von Kaiser Wilhelm gewesen sein."

Das erscheint uns als eine sehr schwierige Aufgabe, wir werden gespannt Ihren Lösungsversuchen folgen. Wie bitten Sie in Zukunft, also am 2./9./12./15./19. November, doch pünktlich wie vorgesehen um 9 Uhr s.t. (!) zu beginnen. Sollten sich an Ihrer Vorlesung interessierte Studenten bei Ihnen melden, so können Sie denen mitteilen, daß es beim ASTA der Universität Frankfurt noch Manuskripte zur Einführung in Ihre Veranstaltung gibt.

Mit freundlichen Grüßen und
bis zum nächsten Mal

Ihr Karl Student

P.S. Ganz privat, Herr Richter, meinen Sie nicht auch, daß die Frankfurter Professoren, die doch nun ne zeitlang Ruhe vor uns haben, ein bißchen was spenden könnten, denn bisher hat sich auf dem **"Spendenkonto Brigitte Heinrich, Kto. 336 - 81 243 Frankfurter Sparkasse von 1822"** noch nichts bewegt.

Oh mei Mannne

à la prochaine!





Astrid Proll/Staatsschutz-Show

ANMERKUNGEN ZU EINEM MERKWÜRDIGEN PROZESS

FRANKFURT
31. Oktober

Vom Prozeßbüro kommt der folgende Bericht:

Seit dem 19. September (s. ID 300) läuft vor dem Landgericht in Frankfurt der wohl ungewöhnlichste Prozeß der Abrechnungsserie mit all jenen, die je in einem direkten oder indirekten Zusammenhang mit der Metropolenguerilla standen.

Der spezielle Charakter dieses Prozesses, insbesondere seine mögliche Pilot-Funktion für folgende ähnliche, hat uns einerseits in ziemliche innere Schwierigkeiten gestürzt, aber andererseits dazu geführt, daß sich aus dem Astrid-Proll-Komitee, das im wesentlichen von verschiedenen Frauengruppen getragen wird, eine Gruppe entwickelt hat („Prozeßbüro"), die sich über den eigentlichen Proll-Prozeß hinaus mit Fragen der Verallgemeinerbarkeit der dort gemachten Erfahrungen beschäftigen will (Stichworte: Baum-Offerte, Doppelstrategie, vorverlegter Staatsschutz, Psychiatrisierungstendenz etc.) und außerdem eine Art Sammel- und Anlaufstelle für all die sein will, die bislang noch ziemlich vereinzelt zu Prozessen gehen, Gefangene betreuen usw.

Wir wollen in der nächsten Ausgabe des ID dazu einen ausführlicheren Artikel schreiben und wollen heute mit einer Chronologie der inneren Entwicklung des Proll-Prozesses beginnen, we weil halt nicht alle an jedem Verhandlungstag anwesend waren. Es geht auch nicht darum, einfach diesen Ablauf zu beschreiben (das macht die „Frankfurter Rundschau" schon selbst ganz gut, und wer die Artikel dort gelesen hat, ist erst mal „informiert"), sondern was folgt ist eine chronologische Liste der merkwürdigen Ereignisse in diesem Prozeß, die sich dann vergleichen ließen mit den ganz anderen Erfahrungen in den übrigen Staatsschutz-Prozessen: mit dem Ziel, die beiden Arten von SHOW-Prozessen aufzuzeigen.

1.
Vorsitzende Richterin wird Johanna Dierks: als „liberal" bekannte Frau, die also Astrid aburteilen soll, die ja ihre größte Unterstützung gerade von der Frauenbewegung erhielt. Zufall oder nicht?

Dem Hauptbelastungszeugen Grünhagen, einem V-Mann, wird unter lächerlicher Begründung vom Berliner Innensenator die Aussagegenehmigung entzogen, obwohl er noch vor einem Jahr durfte. Selbst Ausschluß der Öffentlichkeit und Ausschluß der Angeklagten (§ 247 Strafprozeßordnung) würden diesem Terrorfahnder nicht genügend Schutz bieten. Der Berliner Innensenator ist FDP-Mitglied wie Baum. Zufall oder nicht?

3.
Zum erstenmal in einem Staatsschutzprozeß stellt die Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls, mit der Begründung, die zu erwartende Reststrafe werde die schon abgesessene Untersuchungshaft (3 Jahre und 8 Monate) wohl nicht übersteigen.

4.
Die Vorsitzende Richterin („Heilige Johanna der Gerichtshöfe") übernimmt in der Vernehmung des zweiten Hauptbelastungszeugen Simons (auch V-Mann) so überdeutlich Verteidigerfunktion, daß die eigentlichen Verteidiger sich dagegen zur Wehr setzen, während der schöne Staatsanwalt nur freundlich grinst.

5.
Die Vorsitzende Richterin weist Simons einen (leider schon verjährten) Meineid und jede Menge Widersprüche nach und spricht offen von seiner Unglaubwürdigkeit.

6.
Manfred Grashoff spricht vor Gericht davon, daß der bewaffnete Kampf notwendig und legitim sei, und es wird (auch zum ersten Mal) weder abgebrochen noch unterbrochen noch eine Ordnungsstrafe verhängt.

7.
Manfred antwortet nur auf Fragen der Verteidigung, und diese Mißachtung des Gerichts wird ebenfalls nicht mit einer Ordnungsstrafe belegt.

8.
Manfred erzählt vom Terror im Knast gegen ihn (z.B. nachts alle zwei Stunden Licht an), er wird auch mit irrem Aufwand transportiert und MEKnaben sitzen ganz vorne auf der Pressebank, aber er hat breiten Raum, seine völlig andere Version des Tathergangs zu schildern, und seine Präsentation einer Tatortskizze entwickelt sich zur fröhlichen Familienszene am Richtertisch: Angeklagte, Zeuge, Verteidiger, Presse, Richter, Staatsanwälte, alles bunt durcheinander.

9.
Der Zeuge Nützold hat im Kettenhofweg nicht einen Schuß gehört, wo laut Grünhagen Astrid Dauerfeuer auf ihn gerichtet haben soll; außerdem hat er den Eindruck, daß Grünhagen gar nicht richtig hinter ihr hergerannt ist, (sie vielleicht überhaupt nicht fassen wollte?). Es ist ja auch schon gerichtsbekannt, daß im Kettenhofweg weder in derselben Nacht noch am nächsten Morgen noch jemals überhaupt eine Spurensicherung veranstaltet wurde; auch hat kein Anwohner Einschüsse in seinem Auto oder Haus beanstandet.

Kontakt: Prozeßbüro c/o ID Frankfurt, Hamburger Allee 45, Tel. 70 43 52
Termin: dienstags 20.15 Uhr
Nächster Prozeßtermin: Montag, 5.11., 9.00 Uhr, Landgericht, alter Schwurgerichtssaal in Frankfurt.

DIE JUSTIZ VERSUCHTS JETZT MIT DER "HANGTÄTERSCHAFT"

Sicherungsverwahrung, Psychiatrisierung, „politische" Gefangene: der Fall Haag

**Frankfurt
4. Oktober**

Die Rechtsanwälte Panka und Weider appellieren in einem Rundbrief an Psychologen, Psychiater, Ärzte, Juristen, Geistliche, Gefangenen-Hilfsorganisationen und die Medien, einen drohenden Versuch der Justiz zu vereiteln, über die in Prozessen verhängten Strafen hinaus Leute im Knast zu halten. Sie schreiben in diesem Dokument, das eine neue Stufe der politischen Justiz beschreibt:

Die „Sicherheitsverwahrung" stammt von den Nazis. Jetzt kommt sie wieder.

„Bereits durch die Presseerklärung des Rechtsanwaltes Weider vom 8. August ist bekannt geworden, daß in dem Strafverfahren gegen Siegfried Haag vor dem Oberlandesgericht Stuttgart die Androhung der zwangsweisen Untersuchung zur Vorbereitung eines „Gutachtens zur Unterbringung in der Sicherungsverwahrung" erfolgt ist.(Siehe ID Nr.294).

Bei dieser Androhung der Sicherungsverwahrung in einem politischen Strafprozeß handelt es sich nicht um einen Einzelfall: In dem sogenannten Lorenz-Drenkmann-Prozeß hat der vorsitzende Richter des 1. Strafsenats des Kammergerichts Berlin am 23. Januar die Angeklagten Ronald Fritzsch, Gerald Klöpper, Till Meyer, Ralf Reinders und Fritz Teufel, die der Bewegung 2.Juni zugerechnet werden, darauf hingewiesen, daß gegen sie für den Fall, daß sie nicht zu lebenslanger Freiheitsstrafe, sondern zu zeitiger Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt werden sollten, möglicherweise Sicherungsverwahrung angeordnet werden kann.

Damit wird zum ersten Mal seit Zerschlagung des Nazi-Faschismus versucht, die Sicherungsverwahrung wieder auf politische Gefangene anzuwenden. Die Sicherungsverwahrung hat nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes und des

Bundesgerichtshofes in erster Linie Schutzfunktion. Ihre Anordnung ist erstmals durch nationalsozialistische Gesetzgebung möglich gemacht worden. Voraussetzung ist, daß der von der Sicherungsverwahrung betroffene Täter erheblich vorbestraft ist oder - als bislang nicht Verurteilter - drei vorsätzliche Straftaten begangen hat, zu einer zeitigen Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt wird und die Gesamtwürdigung des Täters und seiner Taten ergibt, daß er infolge eines Hanges zu erheblichen Straftaten für die Allgemeinheit gefährlich ist.

Mit der Behauptung der „Gefahr für die Allgemeinheit" soll die Dämonisierung der Stadt-Guerilla durch Politiker, Medien und Justiz - die „Terroristen" als eine Bande hinzustellen, die wahllos zuschlägt und von „krankhafter" Gewalt (einem Hang zur Gewalt) getrieben wird -institutionalisiert und verrechtlicht werden.

Ein „Hangtäter" ist „halt krank". Mit Politik hat das „nichts zu tun".

Die Notwendigkeit dieser Zweckbehauptung wird klarer, wenn man beachtet, daß „Gefahr für die Allgemeinheit" zu behaupten eine Voraussetzung für die Anordnung der Sicherungsverwahrung ist: Die Sicherungsverwahrung setzt nämlich die sogenannte „Hangtäterschaft" voraus. Der Begriff der Hangtäterschaft würde - auf die Gefangenen aus den antiimperialistischen Widerstandsgruppen angewandt - politische Gesinnung und den Willen zur revolutionären Umwälzung des bestehenden Systems zur Sache eines krankhaften Triebes machen.

Die Feststellung der sogenannten „Hangtäterschaft" ist von der Rechtsprechung seit 1945 bisher ausschließlich in Fällen angesprochen starker oder sich häufig wiederholender Kriminalität bejaht worden.
Es gibt keine Entscheidung eines deutschen Gerichtes nach 1945, durch die festgestellt wird, daß das Moment der „Hangtäterschaft" auch bei solchen Angeklagten zu bejahen sei, die Mitglieder einer politischen Organisation sind und sich hinsichtlich der ihnen vorgeworfenen Taten auf politische Motivation berufen.

Wenn jetzt von Seiten des Staates und der Justiz versucht wird, erstmalig die Sicherungsverwahrung auch gegen politische Täter durchzusetzen, bedeutet das nichts anderes, als daß die Versuche gescheitert sind, die revolutionäre Politik dieser Gruppen in den Prozessen justitiabel zu machen.

CDU und SPD streiten sich um die cleverste Form der Sicherheitsverwahrung.

Es ist bekannt und in den Medien vielfach erörtert, daß in den Gesetzgebungsgremien und den Ausschüssen seit Jahren das Problem erörtert wird, ob man in Abänderung der bisher bestehenden Bestimmungen die Unterbringung in der Sicherungsverwahrung nicht bereits auf die Fälle der sogenannten politischen Ersttäter ausweiten sollte. Es ist weiter bekannt, daß eine solche Gesetzgebung bisher nicht durchgesetzt werden konnte, weil dieses Vorhaben auf starken Widerstand gestoßen ist. In den oben angeführten Verfahren soll jetzt offensichtlich versucht werden, eine Gesetzesänderung überflüssig zu machen, indem mit Hilfe der bestehenden Gesetze die Sicherungsverwahrung auch für politische Täter verhängt werden soll.

So bestätigte dann auch Generalbundesanwalt Rebmann auf dem Deutschen Richtertag, daß weder die Bundesanwaltschaft noch die Deutschen Obergerichte auf die Einführung der Sicherungsverwahrung gegen Gefangene aus der Stadt-Guerilla verzichten wollen, auch wenn es dafür „erstmal" keiner neuen Gesetze bedarf. Man wolle „erstmal weitere Erfahrungen" mit den schon bestehenden Gesetzen machen und die „Ergebnisse" dieser Praxis abwarten, bevor es eine neue gesetzliche Initiative gäbe. Diese „Erfahrung" zu machen, gilt es in den oben erwähnten Verfahren, die als „Pilotverfahren" zu bezeichnen sind.

Psychiatrisierung: zuerst bei Ulrike Meinhof versucht.

Es ist deshalb von außerordentlicher Wichtigkeit, der erstmaligen Anwendung der Sicherungsverwahrung gegen politische Gefangene entgegenzutreten.
Dies gilt vor allem, wenn man berücksichtigt, daß es sich bei den Verfahren gegen Siegfried Haag und die Bewegung 2. Juni um keine exemplarischen Einzelfälle handelt und wenn man im Auge behält, von welchem Zweckdenken die neue Dimension und Eskalation der Sanktionsmaßnahmen gegen politische Täter bestimmt ist:

1) Die Hangtäterschaft als Voraussetzung der Sicherungsverwahrung ist ein Krankheitsbegriff aus der Psychiatrie. Die Anwendung des Begriffes einer Hangtäterschaft auf politische Täter suggeriert deren psychische Abnormität.



Raoul Hausmann, Der Geist unserer Zeit. 1919

In der Androhung der Sicherungsverwahrung für politische Täter liegt - ausgehend von der Prämisse, der von diesen Tätern angegriffene Staat sei gesund - die Unterstellung, der zum Schutz der Öffentlichkeit in Sicherungsverwahrung zu bringende Täter sei krank, sei verrückt. Der Widerstand und Kampf gegen das bestehende System wird zur Krankheit, zum psychischen Defekt erklärt.

Die Psychiatrisierung des politischen Gegners ist in Einzelfällen bereits versucht worden (z.B. Ulrike Meinhof), jetzt soll sie generalisiert werden, was zur Folge hätte, daß nach Abschluß der obengenannten Verfahren in zukünftigen Strafverfahren gegen die Stadt-Guerilla die „Hangtäterschaft" des nicht mit dem Staatsschutz kollaborierenden Angeklagten mit der Behauptung, „dieser halte am bewaffneten Kampf fest", immer und solange festgeschrieben werden könnte, bis der Gefangene seine politische Überzeugung aufgibt, ohne daß

das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelfall überhaupt noch überprüft werden müßte. Letztlich wird mit der Bezeichnung „Hangtäter" versucht, jeden politischen Inhalt der Auseinandersetzung zwischen Stadt-Guerilla und dem Staat herauszudrücken, politische Gesinnung als Krankheit und Kritik am System sowie den Kampf gegen die bestehende Herrschaftsordnung als verrückt zu erklären.

Von Anfang an muß dieser Versuch, politische Gefangene als Kranke zu bezeichnen, verhindert werden: Die Pathologisierung der Politik mit Hilfe der Psychiatrie ist ein Mittel, Gefangene wegen ihrer ungebrochenen politischen Identität durch die Sicherungsverwahrung in Gesinnungs- und Schutzhaft zu nehmen.

Diese Prozesse machen der Justiz zu viel Umstände. „Kurzen Prozeß machen!"

2) Die Androhung der Sicherungsverwahrung für politische Täter dient aber noch dem weitergestreckten Ziel, auch sogenannte Kurzstrafer über das Ende ihrer regulären Haftzeit hinaus in sicherem Gewahrsam zu halten, die in vielen Verfahren bestehende Beweisnot zu beheben, und dem der Abschrekkung und Einschüchterung:

a) Die Durchsetzung der Sicherungsverwahrung auch für politische Ersttäter würde es erlauben, auch diejenigen, die „nur" zu kürzeren Freiheitsstrafen verurteilt wurden, auf unbestimmte Zeit weiter in Gefangenschaft zu halten. Man nehme den Fall, daß jemand wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung, unerlaubten Waffenbesitzes und Urkundenfälschung verurteilt wird. Die Sicherungsverwahrung könnte auf ihn immer mit der Begründung angewendet werden, solange er seine politische Überzeugung nicht aufgibt, er nicht abschwört, bestehe der Hang zu erheblichen Straftaten, so daß er auch über das Ende der eigentlich ausgesprochenen Freiheitsstrafe hinaus in Haft - in Gesinnungshaft - gehalten werden muß Daraus folgt, daß mit der zusätzlichen Anordnung der Sicherungsverwahrung jederzeit Gewähr gegeben wäre, die Gefangenen nach Belieben über den Ablauf ihrer Freiheitsstrafen hinaus in Verwahrung zu halten. Der Staatsschutz bekäme damit ein Mittel in die Hand, zu bestimmen, wann ein Gefangener entlassen werden kann und wann nicht. Es wäre dann auch nicht mehr nötig, Gefangene, die kurz vor ihrer Entlassung stehen, des Vorhabens neuer konkreter Taten zu verdächtigen (am 3. August 1978 wurden die der Roten Armee Fraktion zugerechneten Gefangenen Beer und Becker aus der Haft entlassen. Am 7.7.1978 führte Ministerpräsiden Albrecht in einer Debatte im Bundesrat wegen der Einführung der Sicherungsverwahrung für politische Ersttäter aus: „Aber ich kann ihnen nachweisen, daß es Terroristen gibt, die wir freilassen müssen, bei denen wir schon heute wissen, welches ihre Mordpläne sind, die sie aushecken. Das können wir auf den Heller genau - würde ich sagen - schriftlich nachweisen. Ich kann sogar Namen von Leuten nennen, die ermordet werden sollen und Sie geben uns nicht die Möglichkeit, irgendetwas dagegen zu tun". Ministerpräsident Albrecht war nicht in der Lage, konkreter zu werden oder Namen zu nennen).

Weiterhin wäre es auch nicht mehr erforderlich, Gefangenen, die bewaffnet festgenommen wurden, in mühevoller Kleinarbeit während der Beweisaufnahme einen Mordversuch nachweisen zu müssen, um die Voraussetzungen zu erlangen, eine lebenslange Freiheitsstrafe aussprechen zu können (siehe Günther Sonnenberg, Christine Kuby).

b) Erfahrungsgemäß herrscht in Strafverfahren gegen Gefangene aus der Stadt-Guerilla eine erhebliche Beweisnot, weil bei den überwiegend nicht aussagebereiten Angeklagten versucht werden muß, einen langen Indizienprozeß zu führen.
Die Möglichkeit, zusätzlich zu einer relativ kurzen Freiheitsstrafe die Sicherungsverwahrung anzuordnen, wäre geeignet, die bestehende Beweisnot zu beheben. Die Gerichte könnten sich darauf beschränken, Straftaten festzustellen, die eine dreijährige Freiheitsstrafe rechtfertigen und die übrigen Anklagepunkte, die schwerer zu beweisen sind, einstellen. Das entspräche im übrigen dem mehrfach erklärten Ziel, die Prozesse abzukürzen und so den Schwierigkeiten zu entgehen, die diese Prozesse der Justiz und dem Staat bereiten.

Die Sicherungsverwahrung würde ihre „Schutzfunktion" ausüben, obwohl die unterstellten Taten dem Täter eventuell nie nachzuweisen wären.

c) Die Folge der Einführung der Sicherungsverwahrung bei politischen Tätern oppositioneller Gruppen wäre im übrigen eine unverhältnismäßig große Einschüchterung und präventive Bedrohung der Öffentlichkeit, eine Abschreckung in Bezug auf politische Betätigung überhaupt. Gilt das bereits für die Anwendung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften, so muß es erst recht gelten, wenn die Sicherungsverwahrung regelnden Bestimmungen durch eine Gesetzesänderung verschärft würden. Auch diesem Ziel kann die Androhung der Sicherungsverwahrung in den oben angeführten Verfahren dienen.

Die Verhängung der Sicherungsverwahrung bei politischen Tätern durch die Rechtssprechung mit Hilfe der bestehenden Gesetze könnte geeignet sein, die Anordnung der Sicherungsverwahrung in diesen Fällen „salonfähig" zu machen, die Öffentlichkeit darauf einzustimmen und dadurch die seit Jahren kontrovers geführte Diskussion um eine dahingehende Gesetzesänderung zu beeinflussen.

Hat sich die Öffentlichkeit nach einigen spektakulären Fällen, in denen ohne Gesetzesänderung die Sicherungsverwahrung gegen politische Täter verhängt wurde, an diese Tatsache gewöhnt, so ist anzunehmen, daß der Widerstand gegen die gesetzliche Einführung der Sicherungsverwahrung für politische Ersttäter schwindet.

Es geht darum, das Lossagen von der Stadtguerilla zu erzwingen.

3) Die Unterbringung politischer Gefangener in der Sicherungsverwahrung wäre weiterhin geeignet, die politische Identität der Gefangenen zu zerstören (...) Es ist auch gewiß keine Spekulation, daß die Einführung der Sicherungsverwahrung und die jetzt zahlreich gebauten Sondertrakts in einem direkten Zusammenhang stehen. In den Trakts werden kleine Gefangenengruppen total vom übrigen Anstaltsleben ausgegrenzt und einer völligen Kontrolle durch Mikrophone, Kameras und psychologisch geschultem Wachpersonal ausgesetzt. Jede Lebensäußerung der Gefangenen wird beobachtet, kontrolliert und registriert. Über ein abgestuftes System von „Vergünstigungen" und Strafen sollen günstige Voraussetzungen geschaffen werden, um die Gefangenen „behandeln", therapieren zu können. Die Gefangenen sollen „umgeformt" werden. Die politisch Verantwortlichen haben keinen Zweifel gelassen, daß, wie der Westberliner Justizsenator Meyer sagte, die Bedingung für die Entlassung aus diesen Sondertrakten das „Lossagen vom Terrorismus" ist. Das gleiche gilt für die Freilassung aus der Sicherungsverwahrung. Im Klartext heißt das: Bedingung ist nicht einfach „Wohlverhalten", sondern die Gefangenen befinden sich solange in der zerstörerischen Sonderbehandlung, bis sie „abschwören", sich und ihre politische Identität verraten. Die 24-stündige Überwachung in den Trakts soll diesen Prozeß kontrollieren, die Möglichkeit schaffen, jederzeit eingreifen zu können, und ist geeignet, den Zerstörungsprozeß zu beschleunigen. Die Gewißheit, unter Umständen weitere 10 Jahre in der Sicherungsverwahrung untergebracht zu werden, muß auf die Gefangenen einen zusätzlichen, nicht mehr zu ertragenden Druck ausüben.
Von dieser Sicht her und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschrift, daß bei positiver Entwicklung (und was damit gemeint ist, ist bekannt) den Gefangenen die weitere Vollstrekkung der Unterbringung zur Bewährung ausgesetzt werden kann, stellt sich die Anordnung der Sicherungsverwahrung nicht nur allein als Mittel zur Disziplinierung und Unterdrükkung politischer Gesinnung dar, sondern zielt direkt auf die Aufgabe der politischen und persönlichen Identität der Gefangenen. Eine Veränderung der Sicherungsverwahrung aus diesen Gründen würde den Grundsätzen der Menschenrechtskonvention widersprechen."

Kontaktadresse: Wolfgang Panka, Fasanenstr. 72, 1000 Berlin 15, und Hans-Joachim Weider, Bergerstr. 200, 6000 Frankfurt 60, Tel. 0611/45 2083 u. 84

SEIFENOPER ODER DER GEPLANTE SCHLAG INS WASSER

Am 30. Oktober wurde der Frankfurter Rechtsanwalt Gerd Temming, ein politischer Verteidiger, der seinerzeit in den Stammheim-Prozessen die Rechte der Angeklagten wahrnahm, den Frankfurter AStA vertritt und der zahlreiche politische Gefangene verteidigt hat, festgenommen. Zwei Wohnungen wurden durchsucht und eine Horde von Bundeskriminalern filzte die Anwaltskanzlei Temming/Barabas/ Oberwinder in der Frankfurter Zeißelstr. 8. Die Beamten wendeten Verteidigerakten, Korrespondenz und jedes beschriebene Fitzelchen um und dumm, um etwas Belastendes gegen Dr. Temming zu finden. Sie transportieren dabei „als Beweismaterial" Poster, Plakate und sogar ein riesiges Ölgemälde ab.

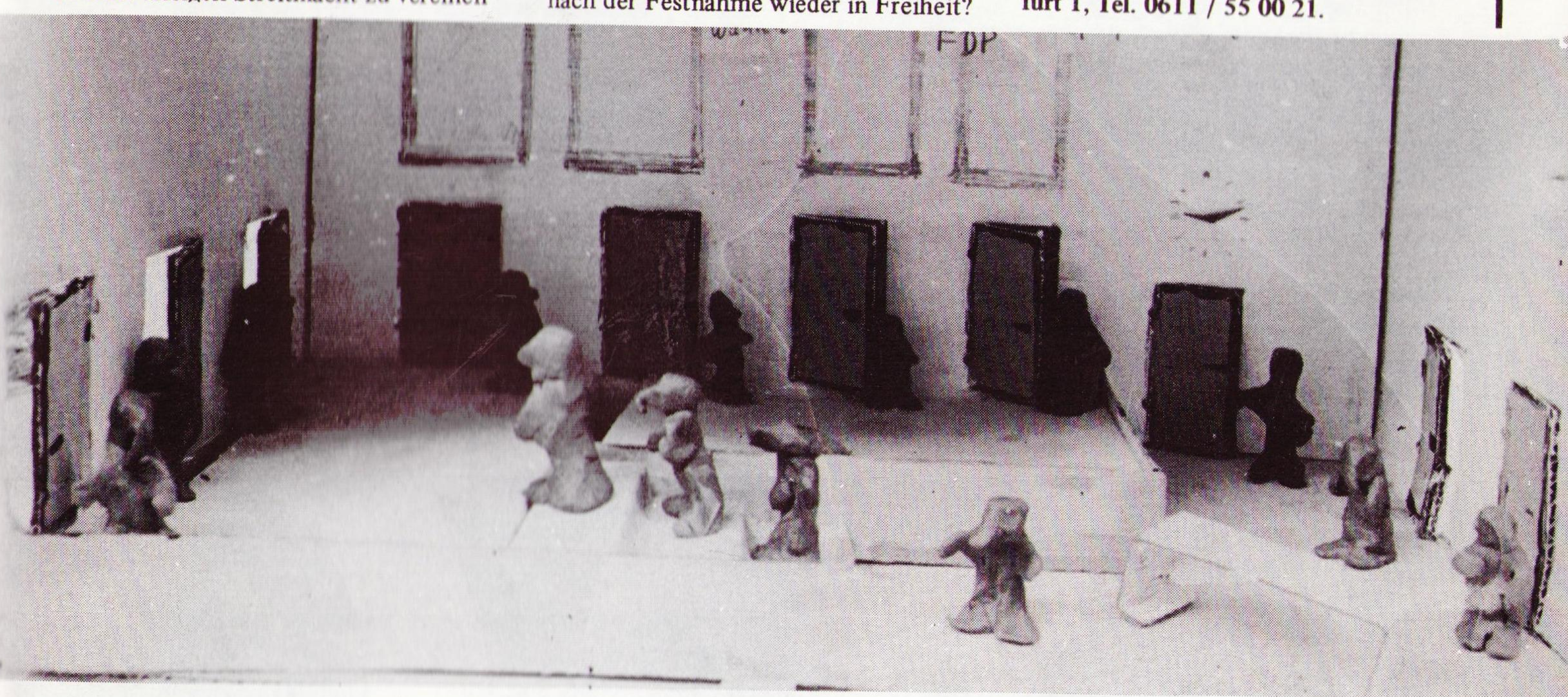
Der Vorwurf gegen Temming war weit gegriffen. Er soll 1975 geplant haben (als eine Art Wallenstein) die bewaffneten Armeen von Roter Armee Fraktion, Revolutionären Zellen und Bewegung 2. Juni zu einer riesigen Streitmacht zu vereinen (siehe Erklärung des Anwaltsbüros). Umso unerklärlicher scheint es dem Beobachter, wenn dieser Gewaltstratege Temming schon am 31. Oktober wieder auf freiem Fuß ist. Und noch dazu, ohne dem Haftrichter vorgeführt worden zu sein. Wir zitieren dazu die „Frankfurter Rundschau" vom 31.10., die wiederum einen Sprecher der Bundesanwaltschaft zitiert: „... Ein dringender Tatverdacht,der einen Haftbefehl begründen könnte, bestand am Dienstagnachmittag noch nicht." Und weiter: „Der Sprecher der Bundesanwaltschaft zog am Nachmittag eine erste Bilanz: ‚Bislang wurde noch nichts gefunden, was den Tatverdacht erhärtet. Die Auswertung des gesicherten Materials dauert noch an.'"
Je nun, und der Tatverdacht? Die Bundesanwaltschaft stützt sich auf Aussagen der Kronzeugen Speitel und Dellwo, die diese 1977 gemacht haben sollen. Das ist, wie auch die „Rundschau" vermerkt, nun immerhin zwei Jahre her. Zwei Jahre verdächtig, der strategische Kopf einer potentiellen Armee zu sein? Und einen Tag nach der Festnahme wieder in Freiheit?

Die Kronzeugen Speitel und Dellwo sind übrigens mittlerweile ins unbekannte Ausland verschwunden.

Licht im Dunkel? Entweder ist die Bundesanwaltschaft dämlich, sträflich nachlässig oder sie wollte einfach mal gucken, was in der Zeißelstraße so passiert. Entweder also läßt sie einen Oberterroristen jahrelang frei rumlaufen oder aber sie schiebt, um eine Anwaltskanzlei filzen zu können, Gründe vor, die an Fadenscheinigkeit nicht mehr zu überbieten sind.

Noch ein Zitat, das ein BKA-Beamter gegenüber Demonstranten, die sich am Nachmittag des 30. in der Zeißelstraße einfanden und die Freilassung Temmings forderten, fallenließ. Auf die Frage, was denn nun los sei, erklärte er einer Abordnung der Demonstranten: „Wir wollen hier nichts Ehrenrühriges gegen Rechtsanwalt Temming sagen!"

Kontakt: Anwaltsbüro Temming/Barabas/ Oberwinder, Zeißelstraße 8, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611 / 55 00 21.



Die Erklärung der Anwaltskanzlei:

Heute (30.10.) um ca. 7.00 Uhr begann in zwei privaten Wohnungen und in der Anwaltskanzlei Dr. Temming/Barabas/ Oberwinder eine Durchsuchung, die durch Beschluß des Ermittlungsrichters am BGH, Kuhn, auf Antrag des Generalbundesanwalts angeordnet wurde, wobei derzeit noch sämtliches Aktenmaterial durchsucht wird. Rechtsanwalt Dr. Temming wurde festgenommen. Hintergrund dieser Maßnahme ist die Verteidigertätigkeit Dr. Temmings in mehreren Strafverfahren gegen angebliche Mitglieder der Roten Armee Fraktion, der Bewegung 2. Juni und der Revolutionären Zellen. Während dieser Zeit wurde seitens der Strafverfolgungsbehörden mehrfach versucht, ihn über standesrechtliche Maßnahmen von der politischen Verteidigung auszuschalten. Nunmehr, da die meisten Strafverfahren, in denen Dr. Temming verteidigt hat, abgeschlossen sind, fährt die Bundesanwaltschaft folgendes Geschütz auf:

Dr. Temming soll im Jahre '75 strategische Überlegungen nachgegangen sein, die diversen Fraktionen der bewaffnet kämpfenden Gruppierungen ideologisch und praktisch zu einer schlagkräftigen Armee zu vereinen. Zeugen für dieses kühne und verschwörerische Unterfangen sind die durch zahlreiche Pressemeldungen in der Öffentlichkeit hinreichend bekannten und ins Zwielicht geratetenen Kronzeugen Speitel und Dellwo.

Ein besonderes Licht auf diese wieder einmal gegen einen Verteidiger in politischen Strafsachen gerichtete Aktion wirft das Timing der Bundesanwaltschaft. Speitel und Dellwo wurden bereits 1977 in der Zeit der Schleyer-Entführung verhaftet. Bereits im Dezember 1977, also vor zwei Jahren, machten sie umfangreiche Aussagen, die mittlerweile zur Verurteilung mehrerer Personen geführt haben und insbesondere Eingang in die Prozesse gegen Anwälte vor dem Oberlandesgericht Stuttgart geführt haben. Zu dem Prozeß gegen den ehemaligen Rechtsanwalt Siegfried Haag hat sich nun vor kurzer Zeit herausgestellt, daß Speitel und Dellwo im Ausland unbekannten Aufenthalts sind und gerichtlichen Vernehmungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Offensichtlich mit Vorbedacht wurde dieser Zeitraum für die Maßnahmen von der Bundesanwaltschaft gewählt. So lange die beiden Zeugen noch verfügbar waren, gab es offensichtlich keinen Verdacht gegen Dr. Temming.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Fragen über Fragen. Was wäre über den Stil des Opus zu sagen ? Stimmt, was der ehrenwerte Kritikerkollege K. meint : " Der Photo-Realismus als Kunstrichtung der zeitgenössischen Malerei überlebt nicht, den herrschenden Stil dokumentiert die "Erkennungsdienstliche Behandlung."?

Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

Seit Dienstag, 10. Oktober 1979, ist Generalbundesanwalt Rebmann stolzer Verwalter eines monumentalen Ölschinkens. Wie Rebmann in den Besitz des Kunstwerkes kam? Ganz einfach. Er hat es beschlagnahmen lassen. Sein angestammtes Plätzchen hatte das Bild, das vormals die Saufauskneipe „Schrottkopp" in Frankfurt verunstaltete, in der Anwaltskanzlei Temming/Barabas/Oberwinder. Wie es dort hingekommen ist – ob als edle Stiftung eines momentan nicht flüssigen Mandanten, ob als Leihgabe des hessischen Landesmuseums oder als Fundsache – war bei Redaktionsschluß noch unbekannt. Auch über die Identität des Künstlers gibt es strittige Ansichten. Kunsthistoriker vermuten den Maler im Frankfurter Polizeipräsidium. Müller soll er heißen. Andere wiederum behaupten, er sei eine sie und tarne sich mit dem Pseudonym Ivel Knivel.

Kommen wir zur Kunstkritik. Nachdem linke Gazetten voll davon sind, versucht sich auch das Bundeskriminalamt in diesem Geschäft. Das Bild könne durchaus „eine Tatwaffe zur Werbung für eine terroristische Vereinigung" sein, schlossen die sachverständigen Beamten, die das Dings spornstreichs auf einen Lastwagen verluden, um es in Sicherheit zu bringen. Wer, wie, was? Wer ist die terroristische Vereinigung? Die Abgebildeten? Aber, aber! Das sind doch nur Schleyer, unser geschätzter Kanzler Schmidt, Justizia, GSG-9-Wegener, Carter, die Erdnuß, Kanzlerkandidat Strauß und Generalbundesanwalt Rebmann. Da liegt der Kritiker aber kräftig daneben. Und vom Titel des Bildes her? „Deutscher Herbst" heißt das Gemälde. Wie? Weder der Herbst noch sonst eine Jahreszeit war je eine Vereinigung Oder?

Na gut, mir reichts. Ich bin das blöde Thema leid und zitiere nur noch den O-Ton eines geplagten Menschen aus dem Anwaltsbüro Zeisselstraße, der es längst zuwider war, sein Dasein im Angesicht dieser Scheußlichkeit zu fristen: „Gott sei Dank, endlich isses weg!"

